

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 8/9,  
durch die Post und  
durch Colportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mf. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7108.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Inserionsgebühren  
Betragt für die fünfzehntägige  
Beilage oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Breslau, Sonnabend den 2. März 1895.

VI. Jahrgang.

## Die bürgerliche Gesellschaft in ihrer anarchistischen Auflösung.

B. G. Der bürgerliche Liberalismus muß in einer eigenen folgerichtigen Ausgestaltung beim Anarchismus, bei der Auflösung aller Organisation, aller ökonomischen und politischen Ordnung anlangen und daran elend zu Grunde gehen, wenn er sich nicht in sittlicher Läuterung und geistiger Erhebung zum internationalen Socialismus, zur weltwirtschaftlichen und weltstaatlichen Bergesellschaftung fortentwickelt, — das haben wir Socialdemokraten unseren liberalen Gegnern warnend zugerufen, so oft sie behaupteten, das Volk solle sich nicht von socialistischen Ideen gegen die Staats- und Gesellschaftsrichtungen der Gegenwart einnehmen lassen. Der Liberalismus — so faselten früher immer und faseln zuweilen noch heut die Liberalen — sei in seiner von allem Zwange befreiten Entwicklung schon allein dazu angethan, die Lage der Gesamtheit des Volkes zu verbessern, das Massenelend langsam zu beseitigen und alle Uebelstände der bestehenden Verhältnisse, wenn auch sehr allmählig, so doch mit ausreichender Sicherheit, zu heben.

Der Bourgeois-Liberalismus befindet sich nun gegenwärtig in allen modernen Kulturstaaten auf dem Gipfel seiner wirtschaftlichen Entwicklung und geistlichen Wirksamkeit, — auch da, wo die Anhänger des Feudalismus, gegen den die französische Revolution gerichtet war, sich noch mit dem sogenannten liberalen Großbürgerthum — Pack schlägt sich, Pack verträgt sich! — in die Herrschaft theilen. Und grade jetzt beginnt sich der Liberalismus als Anarchismus, die so viel gepriesene moderne Staats- und Gesellschaftsordnung als gesellschaftschädliche Staatsunordnung zu entpuppen. Zunächst und am deutlichsten tritt das hervor in der Bourgeoisrepublik Frankreich, weil die republikanisch-parlamentarische Regierungsart die Vertilgung und Bemäntelung unbequemer und gemeinschädlicher Thatsachen viel schwerer macht, als es in monarchischen Staaten der Fall ist, in denen Staatsmännern, Politikern und Gelehrten gar nicht daran denken, mit der Fadel der freien Forschung in alle Ecken und Winkel des Staates hineinzuleuchten, und die Presse, wie überhaupt die Gesamtheit des Volkes, sich noch vielfach davor hüten muß, mit dem Secirmesser öffentlicher Kritik die Eiterbeulen des socialen Körpers zu öffnen.

In allen modernen Staaten wäre es heutzutage

bringend notwendig, die bestehenden Justiz- und Polizeiverhältnisse einer unparteiischen Untersuchung zu unterziehen, und zwar in um so höherem Maße wäre das erforderlich, je weniger die fraglichen Staaten von dem modernen volkstümlichen Geiste in sich aufgenommen haben, — in den Monarchien mehr als in den Republiken und in Rußland z. B., dem Staate des absoluten Monarchismus, zweifellos am meisten.

An derartige Nachforschungen ist jedoch in absolutistischen, ja selbst in monarchisch-constitutionellen Staaten nicht zu denken. In Frankreich aber, wo augenblicklich eine ganze Menge von Scandalangelegenheiten die Corruption der herrschenden Gesellschaft vor den Augen des Volkes enthüllt, gehen neuestens die ehrlichen Vertreter dieser Gesellschaft selbst mit anerkennenswerther Unerblichkeit daran, die Zustände im Justiz- und Polizeiwesen offen vor aller Welt klar zu legen.

So hat z. B. der mit der Abfassung des Berichts über das Budget des Innern betraute Kammerdeputirte des Vogesen-Departements Boucher folgendermaßen sich geäußert:

„In allen Ländern wächst die Anzahl der Verbrechen in bedrohlichem Maße; in Frankreich schneller als irgend anderswo. Das ist nicht allein das traurige Ergebniß eines moralischen Zerfalls, der in der ganzen civilisirten Welt durch den harten Kampf um's Dasein herbeigeführt worden ist; es ist auch das Symptom einer Art nationaler Krankheit. Nun haben aber alle Epidemien ihren Grund in Vergehren gegen die öffentliche Hygiene und sind zumeist auf's Conto der Gesundheitspolizei zu setzen.“ Solche eine Epidemie wüthe jetzt auch auf geistigem Gebiete, und auch hier sei der Grund dafür, wie Boucher allerdings irrtümlich meint, auf nationalem Gebiete zu suchen. Das französische Volk ist aber durchaus nicht etwa allein von solcher geistigen und sittlichen Krankheit heimgesucht. Es treten vielmehr in einer derartigen Krankheit die nothwendigen Folgen des alle Culturölker beherrschenden Kapitalismus und der durch ihn erzeugten mehr oder minder rücksichts- und schamlosen Selbstsucht zu Tage. Solche Geistes- und Charakterepidemie macht selbstredend auch vor den Schranken des Gerichts und vor der Polizei nicht halt. Im Gegentheil — Richter, Staatsanwälte, Polizisten unterliegen der moralischen Ansteckung, der Verführung um so eher, je höher ihre Miwirkung, beziehungsweise Duldung gefodert wird.

Es ist daher gar nicht zu verwundern, daß — wie Boucher feststellt — in Frankreich, trotzdem die Zahl der Verbrechen außerordentlich wächst, die Bestrafung derselben und die Verbeugungsmaßregeln gegen sie abnehmen.

„Der Staatsanwalt Albert Guyon in Pau führte jüngsthin folgende Zahlen aus der Gerichtsstatistik von 1892 an: von 450,000 den Gerichten unterbreiteten Strafsachen wurde 254,000 nicht stattgegeben. Von dieser ungeheuren Zahl von leichtfertig eingeleiteten oder ungenügend verfolgten Angelegenheiten mußten 82,000, d. h. 32 Procent, fallen gelassen werden, weil die Schuldigen nicht entdeckt werden konnten.“ Diese Statistik der Straflosigkeit, fügt Boucher hinzu, sei besonders deshalb beunruhigend, weil die Ziffern seit 1886 in beständigem Wachsen begriffen sind, und in fünf Jahren um nicht weniger als 14 Procent sich vermehrt haben. Es ist überflüssig, den gefährlichen Einfluß, den ein derartiger Zustand auf die Vermehrung der Verbrechen in Frankreich ausüben muß, besonders nachzuweisen.

Wie wenig die französischen Richter ihrer Aufgabe gewachsen sind, beziehungsweise wie leichtsinnig sie bei der Erledigung derselben zu Werke gehen, beweist die fernere Mittheilung Boucher's, daß alljährlich in Frankreich nicht weniger als 8000 Justizirrhümer vorkommen.

Nicht besser steht es mit der französischen Polizei. Während alle übrigen Verwaltungen des Landes straff centralisirt sind, ist die Polizei so decentralisirt\*, daß die Zustände geradezu als anarchisch — so äußert sich Boucher, dieser Vertreter der herrschenden bürgerlichen Gesellschaft, selbst — bezeichnet werden müssen. Die städtischen Behörden sorgen nur für die Sicherheit ihrer Ortsschaften, ohne sich um die allgemeine Sicherheit zu bekümmern. Seit Einführung des Gesetzes von 1882 sind die gemeindlichen Polizeibehörden gänzlich wieder von der Centralgewalt losgeöst und üben selbstständig die Leitung der Gerichtspolizei aus. Die Staatspolizei, nur von dem Leiter der öffentlichen Sicherheit und einigen Specialcommissaren gebildet, die die Bahnhöfe, Häfen und Grenzen zu überwachen haben, ist aller Rechte beraubt, außerhalb des ihr angewiesenen sehr beschränkten Gebietes zu wirken und

\* Centralisiren: um einen Mittelpunkt vereinigen. Decentralisiren: die Vereinigung um einen Mittelpunkt auflösen, zersplittern.

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

33) [Nachdruck verboten.]  
Dadurch entstand eine neue Verzögerung, welche die Actionäre fast zur Verzweiflung brachte. Der Staatsanwalt Martin, der an die Stelle seines Kollegen getreten war, brachte die ihm anvertraute Arbeit in aller Gemächlichkeit zu Ende. Endlich kam der für die Hauptverhandlung angelegte Tag heran.

Es waren bloß fünf Monate verflossen, seitdem die Klage anhängig gemacht worden war. Die Kenner der Gerichtspraxis waren einstimmig der Ansicht, daß die Sache einen außerordentlich schnellen Fortgang genommen hätte.

### 10. Kapitel.

Die achte Strafkammer, die zu allen Zeiten schon etwas zu klein gewesen war, ist heute überfüllt. Man erwartet eine jener spannenden Verhandlungen, die für gewisse Leute den Reiz einer Premiere im Theater haben. Dennoch ist die Frauenwelt noch wenig zahlreich im Zuhörerraum vertreten. Die meisten Frauen suchen diesen Raum nur auf, wenn irgend ein großer Mordprozeß zur Verhandlung steht, bei der sie dann ein doppelt aufregendes Schauspiel genießen, zunächst dasjenige, ohne Gefahr für ihre Person noch hier am Geruch des Blutes sättigen, nach Belieben alles betrachten zu können, was zu dem Verbrechen gehört

hat, die Hände, welche den Mord vollzogen, das Messer, welches den Körper verstümmelte, die Kiste, in der man die zerstückelte Leiche verborgen; dann aber auch das Schauspiel, in voller Sicherheit den gefährlichen Verbrecher zu sehen, wie er verfolgt und umzingelt bald trotziger Widerstand leistet, bald vor der gegen ihn entfesselten menschlichen Meute zurückschleicht. Man könnte glauben, einem Stiergefecht beizuwohnen, nur daß diese Jagd auf den Menschen doch viel unterhaltender ist.

Wenn auch die eleganten Herren und Damen der großen Welt unter den Zuschauern fehlen, so kann man dafür auf der für die Mitglieder der Presse bestimmten Bank eine Menge Journalisten sehen. Andere Bänke wimmeln wieder von jungen Juristen, die sich wie zu einer großen Festrede hier eingefunden haben. Im Hintergrund des Saales erblickt man die Wäthe der Börseaner, mitten unter ihnen viele würdig aussehende Leute mit gerunzelter Stirn. Das sind Accorär, die darauf brinnen, den Ausgang des Prozesses zu erfahren. Auch der alte Beamte ist unter ihnen. Neben ihm sitzt Andree und betrachtet neugierig den Saal.

Ein merkwürdiger Versammlungsraum ist es, der die Veränderungen und die Zusammenfassung unserer Civilisation auf das Deutlichste veranschaulicht. Auf der dunkelblauen Tapete, welche die Wände bedeckte, erinnern eingestrente goldene Bienen an das verflorrene Kaiserreich, während inmitten der Wand eine Gipsbüste der Republik in einer mit Bildhauerarbeit in Holz geschmückten Nische thronet. Das ist ein Saal, wie

er einem solchen Gerichtssaale, der nach einander königlich, kaiserlich und national gewesen war, wohl zukommt. Ganz im Hintergrund erhob sich ein Crucifix, das von den christlichen Gefühlen des republikanischen Frankreich Zeugniß abzulegen scheint, während über dem Tafelwerk, das um den ganzen Saal läuft sich in erhabener Arbeit die Waageschalen, die heidnischen Waageschalen der alten Themis abheben. Man kann sich süßlich fragen, was von diesen beiden religiösen Emblemen am wenigsten den Ideen des zeitgenössischen Paris entspricht. Das Ganze trägt ein gewissermaßen theatralisches und falsches Gepräge: die Antikroben und die Barrets der drei Richter, der Rechtsanwälte und der Gerichtsschreiber erinnern an eine feierliche Maskerade, so wenig passen sie zu den modernen und oft recht würdelos aussehenden Physiognomien ihrer Träger. Der Richtabener in ähnlicher Vermummung waltet seines Amtes mit so wichtiger Miene und trägt dabei den Kopf so hoch, wie wenn er seine Vorgesetzten parodieren wollte. Vergebens forscht Andree danach, welches Interesse die Gesellschaft daran haben kann, diesen äußeren, längst überlebten Apparat, der dem Walten der Justiz hier den Anschein einer Tragikomödie giebt, noch aufrecht zu erhalten. In der That: eine Tragikomödie, bei der die Schauspieler sich über sich selbst und über das, was sie thun, lustig machen.

Jetzt ist jeder auf seinem Posten. Der Brandert hat auf seinem Stuhl zwischen den beiden andern Richtern Platz genommen und blättert in den Acten, auf die er sein kurzfristiges Amt tief herabseht.



verfügt weder über die nötigen Hilfskräfte, noch über die erforderlichen Mittel.

Demnach befindet sich also der wesentlichste Theil des Fundaments, auf dem die französische Bourgeoisrepublik ruht, bereits in voller Auflösung.

Noch eine kurze Uebergangsperiode, bei welcher die radical-demokratischen Bourgeoisrepublikaner bei der Zertrümmerung ihrer büraerlichen Republik mitwirken werden, und dann bricht die Zeit an, in welcher die Organisation der socialistischen Gesellschaft beginnt wird.

### Politische Rundschau.

Die Agrarier fürchten nach der letzten Rede des Kaisers, daß ihnen der sitte Braten, den sie schon im Munde zu haben glaubten, nun doch noch entgehen könne und sie versuchen es nun wieder mit allerlei sehr verständlichen Drohungen, die gefährdete Reute zu reiten.

Die staatliche Fürsorge macht sich bei den in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeitern besonders lebhaft geltend. Die Köllersche „Berliner Correspondenz“ berichtet darüber: „In Folge der nothwendig gewordenen Herabsetzung des Betriebes in den militärischen Fabriken zu Spandau hat während der letzten Monaten eine größere Zahl Arbeiter, sowohl handwerkemäßig auszubildeter, als auch ungelerner, entlassen werden müssen.“

nehmen und auf Erfordern denjenigen Stellen, die Arbeiter einzustellen beabsichtigen, entsprechende Auskunft zu ertheilen. Den gleichen Auftrag hat die Direction der Geschloßfabrik in Siegburg für die dortigen Fabriken erhalten.

Ein neuer Beutezug zu Gunsten der armen Jüderbarone, natürlich auf Kosten des Volkes, steht wieder bevor. Der Antrag Paasche verlangt Liebesgaben für die Jüderheber. 148 Unterschriften hat der Antrag gefunden. Diese Liebesgaben bestehen in einer Erhöhung der Ausfuhrprämien für die drei Zuckerklassen von gegenwärtig 1.25 Mark, 1.50 Mark und 1.65 Mark auf 4 Mark, 5.25 Mark und 4.60 Mark für 100 Kilo.

Die Volksschule ist den Schwarzen ein Dorn im Auge, so beherungsbedürftig dieselbe auch noch erscheinen mag.

Es werde heutzutage in den Volksschulen viel zu viel gelehrt, meinte der Centrumsabgeordnete Fleß bei der Debatte des Kultusrats im preussischen Abgeordnetenhaus.

werde. Da wäre die Parität am besten gewahrt, denn weder die deutschen noch die polnischen Kinder würden etwas davon verstehen. Besser wäre es freilich, wenn man den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernen und den einzelnen Religionsgenossenschaften überlassen wolle.

Capitalistische Profitgier. Der Centralverein zur Hebung der deutschen Flussschiffahrt entwarf sich in seiner kürzlich in Berlin stattgehabten Generalversammlung gewaltig über das Verlangen der Schiffer nach Sonntagsruhe und Verkürzung der Fahrzeit. Eine Resolution wurde angenommen, die der Ruin des ganzen Geschäfts voraussetzt, wenn die Regierung diesen socialistischen Forderungen nachkomme.

Herr v. Köller hat Pech! In seiner für ihn selbst zu etwas unangenehmer Berühmtheit gelangten Rede über die Kunst beklagte sich Herr v. Köller, daß die Theater aufgehört hätten, Stätten patriotischer, historischer Erinnerungen zu sein, und er meinte mit diesen guten patriotisch-historischen Stücken aller Wahrscheinlichkeit nach die preussisch-patriotischen Hohenzollern-dramen des „Hohenzollernjägers“ Graf von Wildenbruch. Aber Pech! Sogar der Legationsrath und Dichter Wildenbruch ist mit „Herrn v. Köller als Kunstkritiker“ sehr unzufrieden.

Darum ist zu verlangen, daß Jemand, der an öffentlicher Stelle große Worte über die Schriftsteller in die Welt posaunt, erst etwas von dem verstehe, wovon er spricht. Es ist zu verlangen, daß Jemand, der über eine geistige Bewegung mit spricht, sich klar darüber sei, was eine solche Bewegung ist; daß es nicht das Ergebnis menschlicher Willkür, sondern daß es ein elementares Ereignis ist.

Sinks sitzt der Staatsanwalt, der Diener der sozialen Vergeltung, und scheint zu schlummern.

Der Präsident hat die Sitzung für eröffnet erklärt. Die ersten zur Verhandlung kommenden Fälle werden aufgerufen. Eine hübsche Sittengeschichte: Man hört nur das Summen der Unterhaltung zwischen den Zuhörern in dem schmalen Gerichtssaal.

Da ist zunächst die Sache Armandes Bonbois. Eine kleine Thür öffnet sich in der Wand zur Linken. Ein Burke von zwanzig Jahren, klein und nanakenförmig, mager, mit schuppigen Gesicht, tritt zwischen zwei Schupplenten. Sein Verbrechen? Er war in ein Wirthshaus gegangen und hatte sich ein Mittagmahl geben lassen, eine Schweigerei, die den Wirth zwei und einen halben Franc gekostet hatte.

er sprechen muß, er scheint dabei die Anwesenden um Entschuldigung zu bitten, daß er seine und ihre Zeit in dieser Angelegenheit in Anspruch nehmen muß. Schnell, nur schnell zu Ende! Er kottiert einige Phrasen, aus denen man kaum einige Brocken wie „noch nicht verurtheilt gewesen“, „der Junge, ein schlechter Rathgeber“, „die Rücksicht eines hohen Gerichtshofes“ vernehmen kann.

Eine andere Sache: Diebstahl steht ein Greis vor Gericht, ein Bagarand von dreizehnzig Jahren! Ein alter Bekannter des Gerichtshofes. Er ist nun schon zum fünften Male verhaftet worden, weil er auf öffentlichen Plätzen gemächelt hat.

er nur soviel hätte, um es bezahlen zu können. „Wir werden Ihnen ein besseres verschaffen,“ erwidert der Präsident. „Auf Grund“ . . . des Artikels . . . zwei Monate Gefängnis“ . . .

An wen ist nun die Reihe gekommen? Eine Frau wird heringeführt. Man muß es glauben, daß sie erst sechsunddreißig Jahre alt ist, weil ihre Papiere es sagen. Man würde sie sonst auf fünfzig schätzen. Sie ist matt und kraftlos, graue Haare umrahmen ihr Kopf, ihre Kleider sind buntscheckige Lumpen mit verschiedenfarbigen Flecken und Löchern. Sie ist angeklagt, auf dem Boulevard gebettelt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)



Augenblick aber immer vom Uebel, denn sie tragen etwas vom Schwefelgeruch der Inquisition an sich."

Ob es Herr von Köller nun verstanden hat, daß es auch Dinge giebt, von denen er nichts versteht? Wir glauben nicht. Er hat es ja im Abgeordnetenhaus erklärt, daß ihm das, was in den Zeitungen steht, in seinem ganzen Leben noch nicht imponirt hat. Verstehen oder nicht verstehen — gleichviel! Herr v. Köller steckt die Hände in die Hosentasche und sagt: "Wir werden die Sache schon machen."

Die Umsturzvorlage und die Ärzte. Die "Vossische Zeitung" schreibt: Die Hygiene ist im Grunde eine sociale Wissenschaft. Wer Hygiene treibt, kann der Erörterung socialer Dinge nicht aus dem Wege gehen. Selbst in Handbüchern, deren Verfasser vor der Annahme allzu freier politischer Anschauungen sicher sind, stößt man auf socialwissenschaftliche Ausführungen und auf Reformvorschläge, die sich bisweilen mit denen radicaler Parteien decken. Man braucht zum Beweise dafür nur Kopitel wie diejenigen über Wohnungs- und Volksernährung in den fachwissenschaftlichen Werken daraufhin zu prüfen. Wie leicht kann aus hygienisch-socialen Erortierungen, gedruckten und gesprochenen, ein findiger Staatsanwalt, wenn die "Umsturzvorlage" Gesetz wird, die Unterlage zu einer Anklage zusammensetzen! An ein geschichtliches Beispiel von den engen Beziehungen zwischen wissenschaftlicher Hygiene und Socialwissenschaft sei erinnert. Im Frühjahr 1848 wurde Rudolf Virchow, damals Professor an der Charité, mit dem Geheimen Rathe Barez nach Oberschlesien geschickt, um dort die Hungertyphus-Epidemie zu studiren. Virchow brachte neue Beobachtungen über die Krankheits-Erscheinungen, die Verbreitungsweise der Epidemie und Berichte über eine Zahl von Leichenbefunden mit heim. Den Kern seines historischen Berichtes über den Hungertyphus in Oberschlesien aber bilden socialpolitische Ausführungen, die Kritik der Regierungsmanahmen und Reformvorschläge, beides die Frucht einer im hygienisch-wissenschaftlichen Interesse im Auftrage der Regierung unternommenen Reise. Lehrsatz für unsere Tage das Beispiel noch in anderer Hinsicht. Die Schritte über Oberschlesien gab mit im wesentlichen den Anstoß zu dem Disciplinerverfahren gegen Virchow, das mit Virchows zeitweiliger Amtsenthebung und Verbannung aus der Charité endete. Einen Fallstrich bietet den erzten noch ein anderer Gegenstand dar, die Erortierung der chirurgischen Wirkung der kleinfalibrigen Geschosse. Sie wird voraussichtlich auf Jahre hin nicht von der Tagesordnung der chirurgischen Vereinigungen verschwinden. Wenn nicht eine Kritik der mordrischen Wirkung einmal den Stoff zu einem gerichtlichen Verfahren geben sollte, so müßte das Wunder nehmen.

Die "vernunftigste und ergiebigste Steuer" hat die "Deutsche Wacht" entdeckt. Die "Augsburger Allgemeine" des Herrn von Hammerstein, der seiner wefalischen Wähler wegen nicht für die Tabaksteuer eintreten darf, empfiehlt an deren Stelle dieser Tage wieder einmal die Biersteuer mit dem schneidigen Gefer von Leuten, die neue Steuern auf jeden Fall beschaffen wollen, weil sonst kein Geld für neue Liebesgaben an die Agrarier vorhanden ist. Das Junterblatt schloß den betreffenden Artikel mit dem einfachen Dictum: "Die vernunftigste Steuer ist die Biersteuer". Das Hauptorgan der mit den Conservativen so häufig zusammengehenden Antisemiten, die Dresdener "Deutsche Wacht", macht zu diesem Artikel folgende kameradschaftliche Olfosse: "Die vernunftigste und ergiebigste Steuer wäre eine auf die politischen Dummheiten der conservativen Partei". Und die "Deutsche Wacht" ist eng genug mit den Conservativen liirt, um ein nachverhandiges Urtheil abgeben zu können.

Eine "große Mittelstandspartei" zu gründen, wurde jüngst auf der Delegirtenversammlung der Berliner Innungen vom Goldschmiedemeister Fischer (Vorsitzender des Verbandes deutscher Mittelstande) abermals angeregt. Die Partei soll bezwecken, Einfluß auf die Wahlen und die Gesetzgebung zum Schutze der Handwerker zu gewinnen und zu diesem Zweck eine umfangreiche politische und wirthschaftliche Agitation zu entfalten, was den Innungen als solchen nicht gestattet ist. Herr Fischer meinte, daß das Handwerk und der gesammte Mittelstand weder von der Regierung, noch vom Reichstage oder den anderen politischen Parteien etwas zu erwarten hätten, so lange sie Anhangsel der anderen Parteien bildeten und mit Petitionen sich begnügten. Das hätten die letzten Verhandlungen im Reichstage bewiesen. Der Handwerkerstand müsse zeigen, daß er noch da und vereinigt mit den anderen Mittelstanden ein gebietender Machtfactor ist. Die ideale Politik möge der Teufel holen — Brotpolitik müsse die Losung sein wie beim Bunde der Landwirth-

Wer für das Handwerk und den Mittelstand überhaupt einzutreten sich verpflichtet, erhält die Wahlstimme. Am 1. März werde eine allgemeine Bürger-Versammlung zur Besprechung der Zwecke der Mittelstandspartei stattfinden, da dürfe kein Handwerker fehlen. Der Versuch wird wohl ebenso wie früher gleicher Art in's Wasser fallen.

— Aus Italien wird geschrieben: Ungeheures Aufsehen macht der entdeckte Betrug und die brutale Beschalligung des Grafen Wisone, Sohn des früheren königlichen Hausministers, Gesandtschafts-Secretär im Ministerium des Auswärtigen, der am Berliner Hofe accreditirt, drei Monate lang in Abwesenheit des Grafen Lanza das Königreich Italien als Titular-Gesandter vertrat und als solcher mehrere Male von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Der Graf Wisone, dessen verschwenderisches und luberliches Leben schon in Berlin allgemein — nur nicht seinem Chef, dem Grafen Lanza — aufgefallen war, hatte sich in einem der ersten Spiel- und Jagdclubs in Rom, zu dem nur Mitglieder der höchsten Aristokratie, die Edelsten der Nation, zugelassen werden, am Hazardspiel Baccarat mit solchem Erfolge die Nacht hindurch vergnügt, daß er, als des Mor.ens 5 Uhr der Club geschlossen werden mußte, dem Kassirer die Summe von 15,000 Francs auszuzahlen haite. Der Herr Graf und königliche Gesandte nahm darauf aus der Tasche ein Wechselbuch mit der Firma einer bekannten Berliner Bank, riß ein Blatt heraus und schrieb auf den Wechsel die Summe von 25,000 Francs und seinen Namen. Hier ist ein Wechsel von 25,000 Francs, sagte er, auf die Bank von Berlin. Nehmt Euch die schuldigen 15,000 Francs und zahlt mir 10,000 Francs heraus. Dem Wunsche des Edeln ward unzerzuglich entsprochen, und man verabschiedete sich. Am folgenden Morgen ward der Wechsel nach Berlin geschickt. Den Abend darauf langte als Antwort im Club eine Depesche des Berliner Bankchefs an: "Der Herr Graf Wisone ist bei uns nur mit der Summe von 50 (fünfzig) Mark accreditirt!" — Herr Graf Wisone ist seit dem Morgen verschwunden und wird eifrig vergebens in ganz Rom gesucht. Er hat die 10,000 Francs zu einer Erholungsreise benutzt.

Die Zustände in der spanischen Colonie Cuba sind sehr kritisch. Die Abtheilungen der Aufständischen in Guantanamo und Matanzas auf Cuba wurden, wie die spanische Regierung tendenziös meldet, energisch verfolgt. Die Abtheilung in Guantanamo wurde vernichtet, die in Matanzas verlor zwei Tote und drei Gefangene. Cuba wird sich über kurz oder lang mit Hilfe der nordamerikanischen Union doch von Spanien losreißen. Die gesammte Presse zeigt sich erregt wegen der Verhängung des Belagerungszustandes auf Cuba. Bestimmte Nachrichten sind noch nicht eingetroffen. Bedeutende Truppenabtheilungen sind nach den Aufstandbezirken der Insel abgegangen, Kanonenboote bewachen die östliche Küste, um Landungsversuche der "Räuber" zu verhindern. Nach einer in Newyork eingetroffenen Depesche aus Cuba haben die Aufständischen von Guantevano unter Anführung des Engländers Henry Brooks in einem Gefechte eine Niederlage erlitten. Zwei Rebellen wurden getodet, 7 verwundet, eine große Anzahl verhaftet. Die Regierung ist zwar ihres Erfolges sicher, fürchtet aber eine langwierige und blutige Campagne.

Das japanische Parlament könnte in Bezug auf seine Zusammenlegung manchem europäischen Parlamente zum Vorbilde dienen. Dasselbe setzt sich aus dreihundert Mitgliedern zusammen, die folgenden Berufs angehören: Landeigenthumer und Bauern 185, Rechtsanwälte und Notare 24, Journalisten 16, Kaufleute 15, Bankiers 5, Ex-Beamte 4, pensionirte Beamte 2, Lehrer 2, Beamter 1, Arzt 1, Industrielle 7, verschiedener Profession 7, keine B. estigung 31.

### Gegen die Tabaksteuer.

Die Tabaksteuer und ihre Folgen. Aus Scharnsted wird geschrieben: Am vergangenen Sonnabend, den 23. v. M., wurden in zwei hiesigen Cigarrenfabriken hauusliche Arbeiter gekandigt, insofern, falls die Steuer angenommen würde, sie sofort entlassen seien. Am hiesigen Ort befinden sich 4 Fabriken, und zweifeln wir keinen Augenblick, daß die beiden anderen Fabrikanten dem Beispiel ihrer Vorgänger folgen werden. Die Z. H. der dann entlassenen Arbeiter würde mindestens 200 betragen und da hier nur Hausindustrie ist, und die meisten Arbeiter Familienwater sind, so läßt sich ermeen, was für eine Summe von Noth und Elend durch die Vorlage über die hiesigen Tabakarbeiter heraufbeschworen würde.

In Meininghausen wurde am Montag eine von 3500 Personen besuchte Versammlung von Landwirthgen und Cigarrenarbeitern, welche von Amtmann Schrafamp einberufen war, zur Besprechung der Tabaksteuervorlage abgehalten, welche eine einmuthige Kundgebung gegen die geplante Tabakfabriksteuer beschloß. Amtmann Schrafamp

führte aus, daß die Annahme der Vorlage den völligen Ruin der Gegend bedeute. Man dürfe es den jetzt schon zu Hunderten entlassenen Arbeitern und auch den Landwirthgen nicht herbenken, wenn sie sich mit allen erlaubten Mitteln gegen das Gesetz wehren. Wo sollten die Gemeinden, die jetzt gegen früher wohlhabender geworden wären, noch die Mittel für Wege- und Schulbauten, Lehrergehälter u. s. w. hernehmen, mit denen sie jetzt belastet seien? Darauf sprach Mittergutsbesitzer Schnatzmeyer über die Landwirthschaft im Bezirke, welche sich nur durch die blühende Cigarrenindustrie aus ärmlichen Verhältnissen emporgearbeitet habe. Der Werth von Grund und Boden sei gestiegen, die Produkte der Landwirthge fänden an Ort und Stelle Verwerthung. Hierauf erlautete der Cigarrenfabrikant Heinecke an der Hand eigener Erfahrungen die sociale Bedeutung der Cigarren-Industrie für die Gegend. Einstimmige Zustimmung fand eine vom Amtmann verlesene Kundgebung gegen die Tabakfabriksteuer, die sich somit als einstimmige Kundgebung aller Stände und Parteien darstellt, und worin der Reichstag um Ablehnung der Tabakfabriksteuer ersucht wird. Der Vorschurf ungedrandeter Agitation wird zurugewiesen, zugleich aber betont, daß auf Kosten des Reichs, die blühende Industrie eines großen Landesheils vernichtet würde.

Commerzienrath Wellensiefel in Bünde i. W. wendet sich in einer von ihm unterzeichneten Erklärung gegen die Behauptung von Regierungsorganen, daß die Nothwendigkeit von Arbeiterentlassungen nach Einführung der Tabakfabriksteuer auf Uebertreibung beruhe, mit folgender Erklärung: "Der größte Theil der Fabrikanten hat bei dem durch die fortwährenden Beunruhigungen hervorgerufenen schleppenden Geschäftsgang eine Production von drei Monaten unverkauft vorräthig, mindestens das gleiche Quantum lagert bei den Händlern. Die Einführung der Fabriksteuer bedingt eine völlige Veränderung der Fabrication. Schon die Ungewißheit, ob der Conjument für die bisherigen Sorten mehr anlegen wird und kann, oder ob die Geschmacksrichtung des Publikums völlig neue Fabricate verlangen wird, verbietet dem Fabrikanten, die alten Vorräthe noch zu vergrößern; jeder Fabrikant wird vielmehr erst durch Versuche im Kleinen über die neue Geschmacksrichtung des Publikums sich orientiren müssen. Demnach wird frühestens nach Klärung der jetzigen Lagerbestände und nach Klärung der Verhältnisse ein Betrieb in vorsichtiger Weise wieder aufgenommen werden können, und somit ist die Behauptung, daß die Cigarrenarbeiter eben sofort entlassen werden müssen, leider keine Uebertreibung. Ich bin auch überzeugt, daß der größere Theil unserer wefalischen Arbeiter dauernd außer Arbeit kommen wird, da durch die Fabriksteuer die Herstellung unserer Haupteigarre, der 5 Pf.-Eigarre, hier unmöglich gemacht und nach Süddeutschland verschoben wird. Ich bin bereits 50 Jahre in der norddeutschen Cigarrenindustrie thutig und haite die Vorlage für einen Ruin derselben."

### Parteiangelegenheiten.

Seid vorbereitet! Am Freitag voriger Woche wurde in Berlin die nunmehr glücklich aufgelöste Frauen-Agitationscommission von Grund aus behausucht. Wohl im Unmuth darüber, daß seine amtliche Handlung trotz stundenlanger Mühe auch nicht das geringste positive Ergebnis zu Tage gefördert hatte, ugerte ein Beamter schließlich zu einer unserer mit der behördlichen Aufmerksamkeit bedachten Parteigenossinnen: "Sie wußten doch wohl vorher um unseren Besuch; Sie haben sich wohl darauf vorbereitet?" Unsere Parteigenossin hatte das Herz auf dem rechten Fleck und sie gab prompt die schlagende Antwort zurug: "Vorbereitet sind wir immer auf Ihre Besuche!" Diese treffliche Entgegnung sollte in heutiger Zeit jedes irgendwie activ thätige Mitglied unserer Partei zu jeder Stunde mit gutem Gewissen abgeben können. Wohl wissen wir, daß unsere Parteigenossen ihre Handlungen vollauf verantworten können; aber wer daran denkt, wie in den zwölf Jahren des Socialistengesetzes, Deutschlands tiefster Schmach, zuweilen Anklagen konstruirt worden sind, der hutet sich aus Klugheit, den Behörden irgend welche Handhaben zu geben, die ihn oder anderen doch nur Unannehmlichkeiten bereiten könnten. Darum halten wir es für angebracht, wieder an die alte politische Regel zu erinnern: Verbrennt alle Briefe, gleich nachdem ihr sie gelesen habt, und hebt nichts in Eurem Hause auf, was der Polizei eine Freude machen könnte! Diese Regel hat sich unter dem Socialistengesetz vortrefflich bewahrt und sie soll der Partei auch ferner zu Gute kommen!

Ueber Stegus-Areien in Sachen weit der "Meininger Volksfreund" Folgendes mitzutheilen. In Grimmitzschau stimmte der socialdemokratische Stadtrath anete Restaurateur Baumjegel für die Ernennung des Fürsten Bismard zum Ehrenbürger der Stadt. Auch im Burgener Stadtrath und Stadtverordneten-Collegium haben sich nicht nur die Freisinnigen, sondern auch die Socialdemokraten als abgetreute Opposition gezeigt. Die Ernennung Bismards zum Ehrenbürger wurde im Stadtrath, wo die Opposition die Mehrheit (!) hat, mit sieben gegen eine Stimme, und im Stadtverordneten-Collegium, wo zwischen Reaction und Opposition Stimmengleichheit besteht, mit elf gegen vier Stimmen (drei Stadtverordneten enthielten sich der Abstimmung) angenommen. Ueber diesen Ausgang herrscht im Ordnungslager heller Jubel. Und mit Recht! Derartige Vertreter wiegen nach unserer Meinung die Opfer eines Wahlkampfes nicht auf und können uns somit geistlos bleiben. — Entspricht die Schilderung unseres Meininger Parteiorgans den Thatfachen, so ist das Verhalten der betreffenden allerdings nicht scharf genug zu beurtheilen und Sache der dortigen Parteigenossen ist es, heratigen auch Socialdemokraten gehörig die Wege zu weisen.

Im Falle Becker erfährt das "Socialdemokratische Blatt", daß unser Genosse vom Preussischengefangni in Mainz nach dem Zellengefangni Buzoch übersiedelt worden ist, um die ihm subdicirte Gefängnißstrafe (drei Jahre) in Einzelhaft zu verbüßen. Begründet wird die Maßregel damit, daß der Strafgefangene Becker die mit ihm zusammenliegenden Gefangenen nicht mit der bestmöglichen Gefangenenordnung (!) unzufrieden mache! — Es genügt also nicht das höchste Strafmaß von drei Jahren, sondern unter anderer Genosse mu auch noch seine Strafe in geiststubendender Einzelhaft verbüßen.



Wer billig, gut und reell  
**Kleider-Stoffe**  
 vom einfachsten bis zum feinsten Genre, wie auch fertige  
**Confirmations-Kleider**  
 kaufen will, wende sich vertrauensvoll an die  
**Damen-Mäntel- u. Costum-Fabrik**  
**S. Leuchtag,**  
 Breslau, Schmiedebrücke 55, Ecke Kupferschmiedestr.

3298  
**August Heyne,**  
**Rohtabak-Handlung**  
 Berlin Leipzig Chemnitz  
 Breslau, Carlstraße Nr. 27  
 empfiehlt alle Sorten Rohtabake zur Cigarrenfabrikation zu billigsten  
 Preisen in anerkannt bester Waare.

**Möbel-Kaufhaus**  
**Carl Scholz,**  
 befindet sich nur Radlberggasse Nr. 15,  
 Ecke Stadgasse  
 und empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
**Möbeln, Spiegeln und Polsterwaaren**  
 zu den billigsten Preisen.

**Handarbeit Herrenstiefel 7,50**  
**Damenstiefel 6,50**  
**Bruno Rosenthal, Schmiedebrücke 57.**

**Rohtabake**  
 in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten  
 empfiehlt zu billigsten Preisen  
**G. Titze, Breslau,**  
 27 Büttnerstraße 27.

**Getreide-Kornbranntwein**  
 vorzügliche Qualität, offerirt einem geehrten Publikum an detail und en gros  
 zu den billigsten Preisen  
 die Dampf-Branntwein-Brennerei von  
**Reinhold Richter vorm. Theodor Köhler,**  
 Matthiasstraße Nr. 75, „Zum rothen Stern.“

**Getreide-Kornbranntwein**  
 vorzügliche Qualität, offerirt einem geehrten Publikum an detail und en gros  
 zu den billigsten Preisen die Dampf-Branntwein-Brennerei von  
**Robert Schumm,**  
 Scheitnigerstraße 20 (Ecke Hirschstraße.)  
 Montag: Wellwurst.

**Confirmations-Kleider und Anzüge**  
 vom einfachsten bis zu den allerfeinsten  
 in großer Auswahl, bei weitem billiger als Herberich.  
**Gustav Hauschner,**  
 Nur Nr. 5 Neue Graupenstraße Nr. 5,  
 in Vorderhause der grossen Volkswacht-Brackerei.

Voranzeige.  
**CIRCUS RENZ.**

Den hochgeehrten Bewohnern der Residenzstadt Breslau  
 und der Provinz Schlesien beehre ich mich, hierdurch anzuzeigen,  
 daß ich am Freitag, den 8. März er., mittelst Sonderzuges  
 mit meiner Gesellschaft von Berlin hier eintreffen und am

**Sonnabend, den 9. März,**  
**Abends 7 1/4 Uhr,**

meinen Circus am Louiseplatz mit einer

**Parade-Gala-**  
**Vorstellung**

eröffnen werde.  
 Nach einer dreijährigen Abwesenheit komme ich endlich wieder  
 in die Lage, Breslau mit meinem Kunsttrottel besuchen zu  
 können. Trotz der sich immer mehr steigenden Kosten, welche  
 zur Unterhaltung meines Unternehmens erforderlich sind, wird  
 es doch wie bisher mein unausgesetztes eifrigstes Bestreben sein,  
 durch die hervorragenden Darbietungen auf allen Gebieten der  
 circensischen Kunst die mir stets in so reichem Maße geschenkte  
 Gunst des hochgeehrten Publikums, sowie den hohen Ruf, dessen  
 sich mein Institut zu erfreuen hat, zu rechtfertigen.  
 Indem ich um ferneres geneigtes Wohlwollen bitte, verharre  
 ich mit hochachtungsvoller Ergebenheit

**Fr. Renz,**  
 Commissionsrath und Director.

Zur gefälligen Anzeige erlaube ich mir hierdurch einem geehrten Publikum  
 bekannt zu geben, daß ich vom 1. März ab eine zweite:

**Lehtannin-Badeanstalt,**  
 Friedrich-Wilhelmstraße 46a

eröffne; durch Anwendung dieser Methode werden die sichersten Erfolge erzielt  
 bei **Sicht, Rheumatismus, Lähmungen, Asthma, Podagra, Blasen-,  
 Magen-, Leber- und Nierenleiden, Gleichsicht, sowie alle Frauen-  
 krankheiten.**

**Fritz Mai.**

**Das Bernhard Freund'sche**  
**Concurswaarenlager**

wird täglich von Vormittag 9-12 Uhr und Nachmittag 3-6 Uhr  
 Carlstraße 26, im Hofe 1 Treppe  
 abverkauft. Das Lager besteht aus:

**Kleiderstoffen, Leinen, Baumwollwaaren, Tisch-  
 zugehen, Gardinen und Möbelstoffen.**

**Großes Lager**  
**Süßconfection, Arbeiter-Handen, Blousen und**  
**Schürzen**

Für Händler aussergewöhnlich vortheilhafte Partien.

**Zur Confirmation**

schwarze  
**Casemits- u. Fantasieschiffe**  
 Nr. 0,60, 0,75, 0,90, 1,00 - 1,50,  
 sowie fertige  
**Kleider**  
 in eleganten Modellen  
 7, 8, 10, 12-15 Mk.  
 1 feines Spitzenhemdchen als Geschenk.

**Max Wagner,**  
 Hauptstraße 7, Ecke Mühlstraße

**Carl Freundt**  
**Zahn-Atelier**  
 Reusche-Str. 50, I.  
 Empf.: 9-12 Uhr, 2-5 Uhr  
 Neben: 8-9 Uhr, 12-1 Uhr

**M. Hübsch, Breslau,**  
 Retell- und  
 Kautschukstempel,  
 Beschnitte,  
 Schablonen  
 Monogramme  
 für Kreuztisch- und  
 Weißbroterei empfiehlt  
 Sintermarkt 97, Ecke Ring.  
 Preisliste und Muster frei. 3431  
 Medaillen u. Stempel von 50 Pfg. an

**Julius Philipp's**  
 Barbier-, Friseur- und Haar-  
 salon. Das Cabinet empfiehlt sich  
 einer ganz gen. Beachtung. [2973  
**Friedrich-Wilhelmstr. 51**  
 Neben Jakob u. Wolfmarkt liegend

**Trauerhüte**  
 in größter Auswahl zu 3489  
 bekannt billigsten Preisen.  
**R. Granzweig,**  
 2b. Friedr.-Wilhelmstr. 2b.

**Rohtabake**  
 allerbilligste Bezugsquelle, z. B.  
**Pfälzer**, pr. 1/2 Ko. 70, 75, 80, 85 Pf.  
**Brasil und Felix**, umblattrige  
 lose Blätter, a 1/2 Ko. 85 u. 100 Pf.,  
 gebodt a 90, 100, 125, 135, 140, 150,  
 160 Pf., letztere vier Sorten um-  
 blatt und Decke.  
**Uckermärcker**, 70 u. 80 a 1/2 Ko.  
**Domingo**, 90, 100 u. 110 Pf.  
**Carmen**, riesengroßes zartes Blatt,  
 130 Pf., dann noch 105, 110, 115  
 und 120 a 1/2 Ko.  
**Sumatras**, 150, 180, 200, 225,  
 250, 300, 350, 375, 400 bis 500 Pf.  
**Java-Umbblatt**, 105, 120 und  
 180 Pf. a 1/2 Ko. 3419  
**Java-Etblage**, 90, 95, 100 Pf.,  
 ebenso billig bin ich in allen anderen  
 Rohtabaten u. gewähre noch bei sofortiger  
 Baarzahlung 3% Rabatt.  
**Verfand gegen Nachnahme.**  
**Albert Kramolowsky,**  
 Breslau, Ring 60, Ecke Oderstrasse  
 Cigarettenfabrik, Cigarren u. Rahtabak.

**Cigarren**  
 in nur guten Qualitäten in jeder Preis-  
 lage empfiehlt  
**K. Schindler,**  
 Kloster-Straße Nr. 30.

**Gummi**  
 für Gummi-Artikel, 1, 2, 3 M. p. Dp.  
**Max Sauer,**  
 Breslau, Reuschestr. 58/59. 3446

**Atelier für künstl. Zähne,**  
 Plomben, Zahnextract. etc.  
**Reinhold Quiel,**  
 Schuhbrücke Nr. 14, I. Stg.  
 Specialität: 3820  
 Gebisse ohne Gaumenplatte.  
 Billigste Preisberechnung.

**Confirmations-**  
 und  
**Herren-Anzüge**  
 in  
 Cheviot, blau Satin,  
 Kammgarn, Velour etc.  
 Größte Auswahl.  
 Beste Ausführung.  
 Kleidjamte Façon,  
 Bekanntlich reellste Quali-  
 tät zu **unerreicht billigen,**  
**aber streng fest. Preis,**  
 welche mit deutschen Zahlen  
 auf jedem Stücke vermerkt  
 sind.  
 Bestellungen nach Maß werd.  
 in eigener Werkstatt unter  
 Leitung geschulter Kräfte von  
 Nr. 24 an sauber und elegant  
 mit den besten Zutaten ver-  
 sehen angefertigt.

**S. Hurtig,**  
 Herren- und Knaben-  
 Garderoben-Fabrik  
 einzig und allein nur  
 Ohlauerstr. 84, I. St.  
 Eingang Ecke Schuhbrücke.



# Beilage zu Nr. 53 der „Volkswacht“.

Sonntag, den 2. März 1895.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

49. Sitzung vom 1. März, 1 Uhr.

Das Haus setzt die Beratung des Marine-Gesetzes fort und zwar bei den einmaligen Ausgaben.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Die Ausdehnung unseres überseeischen Handels macht einen erhöhten Schutz nötig. Dazu ist eine Kriegsflotte nötig. Es handelt sich da weniger um neue Schiffe als vielmehr um die gute Beschaffenheit der Schiffe, nicht um die Schaffung einer neuen großen Flotte, als um die Erhaltung dessen, was wir haben. Ein Ersatz für die alten Schiffe ist unentbehrlich. Wir verstehen nicht die Schwierigkeiten, die Steuerkraft des Volkes noch mehr anzuspannen, mancher Traum zerfließt, wenn man Steuerentwürfe vor den Reichstag bringt (Heiterkeit), mancher liebgewordene Wunsch muß dann zurückstehen. Ich bitte Sie aber, solche Besorgnisse hier nicht gelten zu lassen und empfehle Ihnen die außerordentlichen Ausgaben, die Ihnen im Etat der Reichsmarine vorgeschlagen werden, wohlwollend zu prüfen und sie zu bewilligen.

Die Titel 1, 2, 3 (Bewilligungen von Raten für schon im Bau befindliche Schiffe) werden vorbehaltlos genehmigt. Titel 4-8 (Raten für Torpedoboote und 7 Mill. für vier neue Kreuzer) werden zusammengefaßt.

Staatssekretär Hollmann will die Forderungen neuer Kreuzer vom militärischen und technischen Standpunkt aus begründen, den politischen Theil der Begründung wird Staatssekretär von Marschall übernehmen. Die erste Rate für den Ersatz „Leipzig“ sei die erste Forderung. Sie sei vom technischen Standpunkt geboten. Man solle sich von der Bewilligung dieser Forderung nicht abhalten lassen durch die alarmierenden Gerüchte, die da sagten, es lauern noch große Pläne im Hintergrunde. Das sei durchaus nicht der Fall. In den letzten zwei Decennien seien 16 Schiffe abgegangen, aber nur 4 hinzugekommen. Ersatz müsse also geschaffen werden, denn wie die Zahl sei auch die Qualität der Schiffe zurückgegangen. Außer Argentinien haben uns die Flotten sämtlicher außereuropäischen Staaten überflügelt. Redner giebt statistischen Daten über die Entwicklung der Marine in europäischen Staaten, namentlich in Frankreich und Rußland und bittet schließlich den Reichstag, den Bewilligungen der Commission beizutreten, es werde dem Vaterlande zum Segen gereichen.

Staatssekretär v. Marschall. Es sei ihm wohl bekannt, daß draußen im Lande die Sympathie für die Neubewilligung von Schiffen eine sehr mäßige geworden ist (sehr richtig, links). Die Regierungen nahmen diese Bestimmungen nicht leicht, aber sie hätten die Forderungen nach gewissenhafter Prüfung stellen müssen. Die Schiffe sind für unsern überseeischen Handel notwendig, Deutschland würde wirtschaftlich zurückgehen ohne neue Schiffe. Man könne auch am falschen Ende sparen und er sage, wenn wir jetzt keine neuen Schiffe bauen, werden wir in absehbarer Zeit überhaupt keine Schiffe mehr haben. Redner verweist sich über den Nutzen einer Ausdehnung unseres überseeischen Handels. Wenn auch andere Staaten unsere Produkte mit hohen Zöllen belegen, so solle man das nicht unserer Flotte entgelten lassen. Er könne sich wohl denken, daß Deutschland in Bezug auf die Höhe der Zölle einmal Gleiches mit Gleichem vergelte (sehr richtig und bravo, rechts). Eng verbunden mit dem Schutz unseres Handels stehe der Schutz der Deutschen im Auslande. Ein Staat, der seine Angehörigen im Auslande nicht schützen könne, gebe sich selbst auf (sehr richtig, rechts). Das Erscheinen unserer Kriegsflotte in überseeischen Ländern gewähre wesentlichen Schutz, namentlich da, wo, wie in Amerika, Revolutionen und Bürgerkriege einander ablösten. Abgesehen von Amerika habe Deutschland in China und Japan so große Interessen zu vertreten, daß wir mit wachsamem Auge dort beobachten müssen, was sich dort vollzieht, oder in nächster Zukunft dort vollziehen wird. Deutschland habe eine subventionirte Dampferlinie nach China zu schicken, es habe auch die großen katholischen Missionen in China zu unterstützen. Es sei eine Ehrenpflicht für uns, diese Leute zu schützen. In den letzten 10 Jahren hatten wir zur Verfügung 27 Schiffe und einen Panzer und haben jetzt zur Verfügung 17 Schiffe und keinen Panzer. Und diese Herabminderung ist eingetreten in einer Zeit, in der wir Colonialbesitz erworben haben. Die Frage der Bewilligung der neuen Kreuzer habe doch auch eine nationale Seite, sie hängt zusammen mit der Machtstellung Deutschlands im Völkerconcert. Man sagt, der Deutsche vergehe bald sein Vaterland, wenn er es im Rücken habe. Die Vermehrung der Flotte werde dazu beitragen, den Deutschen im Auslande die Liebe zum alten Vaterlande und Treue zu Kaiser und Reich zu erhalten. (Beifälliger Beifall rechts.)

Abg. Graf von Mirbach (conserv.) erklärt Namens der Mehrheit seiner Freunde die Zustimmung zu den Bewilligungen, er könne aber eine Anzahl seiner Freunde nicht für die entscheidende dritte Lesung virculieren. Diese Herren seien nicht principiell abgeneigt, sondern ließen sich leiten, von schweren wirtschaftlichen Bedenken. Er sei ein unbedingter Freund der Colonialpolitik und für diese brauche man Schiffe. Für die Colonialpolitik würden unsere vorhandenen Schiffe genügen, aber nicht für den überseeischen Handel. Nun hätten seine Freunde ja eigentlich keine Veranlassung, den Herren, die den überseeischen Handel in der Hand haben, behilflich zu sein, denn Unterstützung der landwirtschaftlichen Interessen sei von dieser Seite nicht zu erwarten. Aber auf diesem Standpunkt könne sich eine conservativ Partei, die das Gesamtwohl der Nation im Auge habe, nicht stellen. Trotz der schweren wirtschaftlichen Bedenken werde die conservativ Partei hoffentlich auch in dritter Lesung den Bewilligungen zustimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (frei. Sp.). Ein Fremder, der die beiden Reden vom Regierungstisch gehört hat, müßte denken, es sei für unsere Marine in letzter Zeit so gut wie

Vermehrung erfahren hat. Herr von Marschall brachte das Ansehen des Reichs und sein moralisches Gewicht mit den vier Kreuzern in Verbindung. Wenn das moralische Ansehen Deutschlands von den vier Kreuzern abhängig wäre, wie wenig werth müßten dann die Milliarden gewesen sein, die wir für Verstärkung des Reichsheeres und der Marine aufgebracht haben. Für 90 Procent unseres internationalen Waarenaustausches kämen Kriegsschiffe nicht in Betracht, er verstelle auch nicht, wie die Frage von Zollrepressalien mit der Frage der Kreuzerbewilligung in Verbindung stehe. Herr von Marschall jagte, vor 10 Jahren hätten wir 27 Schiffe gehabt und jetzt nur 17 Schiffe. Ich hätte die Statistik gern kennen gelernt, es seien in letzter Zeit oft unrichtige Zahlenangaben in die Welt hinausposaunt worden. Aber auch wenn die Zahl richtig sei, wie könne man denn Schiffe von heute mit denen vor 10 Jahren vergleichen. Heute kostet ein Aviso 4. Klasse mehr als vor zehn Jahren eine ganze Fregatte. Er befreite, daß die geforderten Kreuzer irgendwie für unsere Colonialpolitik in Betracht kämen, ja selbst nicht für den amerikanischen Verkehr. Es sei noch nie behauptet worden, daß unsere Flotte ihre Aufgaben nicht erfüllen könne. Was China betreffe, so kenne er die dortigen katholischen Missionen nicht, auch wisse er nicht, ob die Missionen so nahe an der Küste liegen, daß unsere Kriegsschiffe bis dahin schließen können. (Große Heiterkeit.) Er betrachte diese Neuzugänge des Staatssekretärs von Marschall als eine captatio benevolentiae, wie sie jetzt dem Centrum gegenüber üblich seien. Für den Schutz der Deutschen im Auslande werde es doch genügen, wenn wir jetzt auf jeden Deutschen zwei Marinesoldaten und für jede Firma ein Geschütz käme. (Große Heiterkeit.) Für den japanisch-chinesischen Krieg werden die neuen Kreuzer nicht mehr zu verwenden sein, denn in 4 Jahren 6 Monaten werden diese erst fertig gebaut und dann wird hoffentlich dieser Krieg beendet sein. (Sehr richtig, links.) Wir wollen den Panzerkreuzer (Ersatz Leipzig) ablehnen wie im Vorjahre und erst, wenn dieser abgelehnt wird, kann für uns die Frage entstehen, ob wir nicht einen oder zwei Kreuzer bewilligen, die aber kleiner sein müssen. Ueber die weiteren Pläne der Marineverwaltung sind wir völlig im Unklaren. Der schwere Panzerkreuzer wird dann bald im Schmelzwerk erhalten, denn er kann doch nicht gleichzeitig in Amerika und in Asien sein. Und ist erst ein solches Geschwisterpaar vorhanden, kommen auch noch mehrere dazu. Wozu sollen die Kreuzer eigentlich gebraucht werden? Für handelspolitische oder für Kriegszwecke. Die Erklärungen der Staatssekretäre Hollmann und von Marschall leiden nach dieser Richtung an einem gewissen Widerspruch. Herr Hollmann beklagte sich über die alarmierenden Gerüchte über weitere Marinepläne. Aber in dem Buche, das den Mitgliedern der Budgetcommission zugestellt worden ist und die Unterschrift des Herrn Hollmann trägt, ist zu lesen, daß der Bau von 4 Panzerschiffen in diesem Jahre zurückgestellt worden sei. Diese 4 Panzer sind die Forderungen der Regierung, die noch im Hintergrunde lauern. Seine Partei habe früher Marinebewilligungen ausgesprochen, ohne subjective Marineliebhaberei, ganz objectiv aus der Ermägung heraus, daß sie notwendig waren. Mit derselben Objectivität lehnen wir heute die Forderungen ab, umso mehr, als sich die Marine eines Patronats erfreut, das sie weit über den Rahmen hinaus vergrößern will, den wir für angemessen halten. Man will unsere Marine für Repräsentation gebrauchen, sie soll imponiren, man zieht Vergleiche mit England und Frankreich, die durchaus deplacirt sind. Wenn der Reichstag nicht das unübersteigliche Hinderniß bildet, wenn er heute nicht nur den im vorigen Jahre abgelehnten Panzer, sondern noch drei neue Kreuzer hinzubewilligt, so werden noch andere liebgewordene Wünsche, wie der Reichskanzler es nannte, laut werden und man wird noch mehr Schiffe fordern. Wir können nicht die Verantwortung übernehmen, die Forderungen im ganzen Umfange zu bewilligen. (Beifall links.)

Abg. Müller-Fulda (Centr.) erklärt, daß er heute alle vier Kreuzer bewilligen werde, obwohl er in der Commission erst dagegen gestimmt habe. Er stelle aber gleichzeitig den Antrag, daß die für den „Ersatz Leipzig“ erforderlichen Mittel durch eine Anleihe gedeckt werden. Ein großer Theil seiner Freunde mache seine Zustimmung für die Bewilligung der neuen Schiffe von der Annahme dieses Antrages in dritter Lesung abhängig.

Schatzsekretär Graf Posadowski erklärt, daß die Regierung gegen die Annahme des Antrages nichts einzuwenden habe.

Abg. v. Kardorff (Rechtsp.) erklärt nach den Ausführungen des Schatzsekretärs, daß seine Freunde für den Antrag Müller stimmen werden. Im übrigen hoffe er, daß der Reichstag mit großer Mehrheit die neuen Schiffe bewilligen werde.

Abg. Richter (frei. Sp.): Er werde die neu geforderten Schiffe bewilligen, weil er sie für notwendig halte. Herr Richter wolle ja auch eventuell die zwei Kreuzer bewilligen, wenn der „Ersatz Leipzig“ nicht bewilligt werde. Er könne diesen Standpunkt nicht verstehen: was man für notwendig halte, müsse man doch bewilligen, ohne Rücksicht ob andere noch mehr für notwendig halte. Wer die Schiffe bewilligt, brauche deshalb noch kein Freund der Tabaksteuer sein, auf die paar Millionen kommt es nicht an.

Abg. Dr. Gammacher (nat.) erklärt, daß seine Partei bis zum letzten Mann für die Panzerkreuzer stimmen wollten und giebt seiner Freude über die Haltung Richters und dessen Freunde Ausdruck.

Abg. Graf Bernstorff (Welsch) betrachtet die Bewilligung der Kreuzer als eine wirtschaftliche Frage, da die Bewilligung dem germanischen Unternehmungsgeist zu Gute kommen werde. Angesichts der bevorstehenden Erschließung Chinas müsse der deutsche Wettbewerb jede mögliche Förderung erfahren.

Die Debatte wird geschlossen.  
Zur Geschäftsführung bemerkt

Discussion verhindert worden, den Standpunkt seiner Partei darzulegen. Seine Freunde würden nur zwei Kreuzer bewilligen.

Die Abstimmung über die Position „Zum Bau des Kreuzers 1. Klasse „Ersatz Leipzig“, 1. Rate 1,000,000 Mk., ist auf Antrag der Abgg. Mirbach und Genossen und Richter und Genossen eine namentliche.

Die Position wird mit 145 Stimmen gegen 77 Stimmen bewilligt; dagegen stimmen die Socialdemokraten, die süddeutsche und die freisinnige Volkspartei, die Antisemiten und die Polen geschlossen, die freisinnige Vereinigung, mit Ausnahme der Abgeordneten Rickerz und Schröder. Von den Conservativen enthielten sich 10 Mitglieder der Abstimmung.

Die Positionen 6, 7 und 8 (Bewilligung von 6 Wüsten für 3 Kreuzer 2. Klasse) werden bewilligt.

Hier stimmt die freisinnige Vereinigung geschlossen für die Bewilligung. Sonst bleibt das Abstimmungsverhältniß das gleiche.

Bei Titel 9 „zum Bau eines Torpedodivisionsbootes“ 1. Rate 500,000 Mark, bittet

Abg. Müller-Fulda (Centr.) um Ablehnung der Forderung.

Abg. Richter (frei. Volksp.) bittet ebenfalls um Ablehnung, gerade das Torpedowesen sei bei uns zu höchster Blüthe entwidelt und siehe keiner anderen Nation nach.

Staatssekretär Hollmann bittet, den Beschluß der Commission aufrecht zu erhalten, das in Frage stehende Boot gehöre zu einer schon im Bau befindlichen Torpedoflotte, es solle das führende Boot werden. Die Ansicht des Abgeordneten Richter, daß unsere Torpedoflotte an der Spitze aller Nationen marschiere, sei leider nicht ganz richtig.

Bei der Abstimmung werden die 500,000 Mark für das Torpedoboot abgelehnt. Dafür nur Nationalliberale und ein Theil der Conservativen.

Das Haus vertagt hierauf die Weiterberatung auf Sonntag, den 1. März, Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und Etat des Reichsheeres. Schluß 5 Uhr 30 Minuten.

In der Reichstagscommission für die „Umsturzvorlage“ wurde heute die Beratung des § 130 (Angriffe gegen Religion, Monarchie, Familie und Eigenthum) fortgesetzt, zu welchen die Anträge Rintelen (Angriffe gegen das Dasein Gottes und die Unsterblichkeit der menschlichen Seele) und Graf Roon (Angriffe gegen das Christenthum und die Heiligkeit des Eides) vorliegen.

Abg. Spahn (Centrum) ersucht, in Uebereinstimmung mit dem Abg. Bebel die Regierung um Vorlegung ihres Materials zu § 130

Geh.-R. Seidenspinner bemerkt, der Paragraph sei aus einem längst empfundenen Bedürfniß hervorgegangen. Es sei allgemein bekannt, welche schlimme Angriffe die Presse oft auf die Monarchie, Religion, Ehe und Eigenthum unternommen habe; es sei daher ein dießbezügliches Material kaum notwendig. Doch wolle er einzelne Beispiele anführen, welche die Nothwendigkeit des Absatzes 2 im § 130 beweisen sollen. Redner citirt hauptsächlich aus anarchischen Zeitschriften und Flugblättern, wie die „Freiheit“, die „Autonomie“ u. s. w., Äußerungen dahingehend, daß das Pfaffenhum mit seinen Lehren die Welt verdamme, der „Gotteschwindel“ den herrschenden Klassen nur dazu diene, das Volk zu seiner besseren Ausbeutung in Unwissenheit zu erhalten u. s. w.

Abg. Spahn ersucht, das vorgetragene Material den Acten beizulegen.

Abg. Bebel (Soc.) setzt seine in der vorigen Sitzung abgebrochenen Ausführungen fort. Es müsse überraschen, daß die Regierung ihre Vorlage mit Citaten und Schriften zu begründen versuche, die im Auslande erschienen, deren Verfasser völlig unbekannt seien und die in Deutschland kaum gelesen werden. Gegen solche „Beweisführung“ müsse er entschieden protestiren. Beschimpfende Äußerungen wider Religion, Monarchie, Ehe u. s. w. diene unsere eigene Literatur in reichstem Maße. Diese Literatur sei durch hochgeachtete Namen vertreten und jahrzehntelang in Deutschland unbeachtet geblieben. Es finden sich unter diesen Namen sogar Mitglieder des höchsten Adels. Angriffe der ausländischen Literatur auf Religion, Monarchie u. s. w. würden auch nach Zustandekommen der Vorlage nicht zu verhindern sein. Es wäre ein Irrthum, zu glauben, daß die Socialdemokraten an solch rohen und gemeinen Äußerungen Gefallen finden. Einem Socialdemokraten liege es fern, die Religion als Schwindel oder Erfindung zu bezeichnen; er beurtheile dieselbe lediglich objectiv, als ein veränderliches Product der historischen Entwicklung. Es könne doch nicht geleugnet werden, daß die Mehrzahl der Gebildeten Atheisten oder zumindest doch Pantheisten seien. Redner citirt aus den Werken Stolberg's, Hoffmann's v. Fallersleben, Jordan's, Platen's, Fallers' u. s. w. scharfe Ausfälle gegen die Monarchie, Ehe, den Patriotismus, den Gottesglauben u. s. w. Conservativ Blätter hätten in letzter Zeit wiederholt Drohungen gegen die Monarchie ausgestoßen; so kürzlich erst die „Deutsche Tageszeitung“. Es sei doch klar, daß solche Drohungen, der Hinweis auf das Schwinden der monarchischen Gesinnung und dergleichen viel zerstörender wirken müßte, als eine gelegentliche beschimpfende Äußerung. Gegenüber dem Abgeordneten Grafen Roon erklärt Bebel, daß vernünftigerweise von einem „christlichen Staat“ und einer „christlichen“ Kultur nicht die Rede sein könne. Auch die Heiligkeit des Eides sei nichts weiter als eine Redensart. Der Eid sei lediglich Formsache und müsse aus stilklichen Gründen abgelehnt werden. Unwahres Zeugniß vor Gericht möge man nach Maßgabe des angerufenen Schadens bestrafen.

Geh.-Rath v. Sedendorff: Die Regierung lege Gewicht darauf, den Gesamtbegriff des Eigenthums zu schützen.



Kuge, die dem größten Theile der Bevölkerung noch heilig seien. Das sei der Staat sich selbst schuldig, schon mit Rücksicht auf den Glauben an seine Macht.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (cons.) meint, daß Bebel's Material nur geeignet sei, die Nothwendigkeit des neuen § 130 erst recht zu beweisen. Wenn lange Zeit hindurch die Veröffentlichung beschimpfender Äußerungen strafflos gewesen sei, so folge daraus doch nicht, daß sie auch in Zukunft strafflos bleiben müsse.

Staatssecretär Nieberding hält es nicht für richtig, an Stelle des Wortes „Religion“, „Christenthum“ zu setzen, wie dies der Antrag von Noon bezweckt. Allerdings seien die Bedenken gegen den Vorschlag nur vorwiegend formulärer Natur. Man müsse unter Religion und Ehe alles verstehen, was in unseren staatlichen Einrichtungen Geltung habe.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) führt aus, daß man unter „Religion“ lediglich den Gottesglauben verstehen könne; das Christenthum sei schon jetzt durch § 130 des Str.-G.-B. geschützt. Es sei keine Gotteslästerung, wenn gesagt werde, die Religion sei nur für die Dummen da. Das sei lediglich eine Art Gotteslästerung und diese solle jetzt getroffen werden. Dr. Hänel habe schon 1878 diesbezügliche schärfere Bestimmungen vorgeschlagen, viel schärfer, als die jetzt gefordert werden. Redner hält § 130 für nothwendig. Wenn die Socialdemokraten auch sagen, die Religion sei Privatfache, so wisse man doch, daß ein echter Socialdemokrat auch Arbeit ist. Wissenschaftliche Auseinandersetzungen über Religion, Monarchie u. seien nicht gefährlich, weil man ihnen beikommen könne. Einige Veränderungen der Regierungsvorlage halte er aber noch für geboten. Betreffend den Ausdruck „beschimpfend“ § 130 sei es fraglich, ob der Richter nicht das Richtige treffen werde. Die Worte „Eigentum, Monarchie“ seien zu ergänzen durch die Hinzufügung des Wortes „Institute“. In weiten Kreisen vernünftig denkender Leute, auch in juristischen, theile man diese Ansicht. Das Wort „Religion“ müsse ersetzt werden durch „Gottesglauben“.

Abg. Dr. Barth (freil. Bg.): Dr. Enneccerus habe sich auf Professor Hänel berufen. Das Krebchen mit den Ausführungen, die dieser 1878 gemacht, sei hier zwecklos. Er habe von Hänel eine Zuschrift erhalten, in welcher dieser erklärt, daß für ihn die gegenwärtige Vorlage durchaus unannehmbar wäre und er keinem einzigen Paragraphen zustimmen könne. Deshalb ziehe man nicht die in dem Socialistengesetz gemachten Erörterungen zu Rathe? Gernö wenig wie jenes Gesetz der Socialdemokratie geschadet habe, werde das jetzt projectirte ihr schaden. Der von Geh.-R. v. Sedendorff beigebrachte Material sei durchaus beweislos. Art und Herkunft dieses Materials zeuge von seiner Schwäche. Das ganze Vorhaben der Regierung laufe nur darauf hinaus, die herrschenden Anschauungen zu schützen. Ohne Zweifel sei der Antrag Hintersinn die letzte logische Consequenz des Gedankens, auf welchem die ganze Vorlage beruhe. Diese Consequenz richte sich gegen die Freiheit der Kritik überhaupt, insbesondere gegen die wissenschaftliche Kritik. Deshalb könne es nicht das geringste Jugendschicksal machen.

Abg. Behl bemerkt, die Ausführungen des Geheimen Rath v. Sedendorff legten den Gedanken nahe, daß der freie Staat der Schwächste sei. Es müßte hoch beachtet werden, daß die Zeitungen, aus denen Herr v. Sedendorff citirt, die „Freiheit“, „Autonomie“ u. in außerordentlichen Staaten erscheinen, in Amerika und England, wo doch gewiß der religiöse Sinn die weitesten Volkstheile noch beherrsche; aber es falle dort keinem Menschen ein, in Rücksicht auf die unfähigen Kritiken der „Freiheit“ u. f. m. eine Verschärfung des Strafgesetzes zu verlangen. Wie komme man nun bei uns in Deutschland unter Hinweis auf jene Äußerungen zu solcher Forderung? Dem Abg. Dr. Enneccerus gegenüber bemerkt Redner, daß dessen ungemein reactionäre Stellungnahme im auffallendsten Widerspruch stehe zu der Haltung des Liberalismus. So erkläre u. A. ein liberaler Studienrechtslehrer, Prof. Pichanus, in von Marcandjens „Handbuch des öffentlichen Rechts“ (I. Bd. S. 240 ff.): „Der Staat sei seiner Natur nach confessionell, auf ihn können die Prädicata christlich oder nichtchristlich keine Anwendung finden; die Idee des „christlichen Staates“ sei eine völlig unbestimmte.“ — Wenn Herr von Hammerstein den nämlichen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ als einen unrichtigen bezeichnet habe, für den die conservative Partei nicht verantwortlich gemacht werden könne, so müßte er doch fragen, mit welchem Rechte man die deutsche Socialdemokratie verantwortlich machen wolle für die unfähigen und albernen Äußerungen anarchischer Organe, welche im Auslande erscheinen.

Wegen Beginn der Plenarsitzung wird die weitere Berathung auf Mittwoch, den 6. März vertagt.

Locales.

Breslau, den 2. März 1895.

\* Von der Theater-Commission geht uns ein längeres Schreiben zu, das wir Raum mangels halber nur in seinem wesentlichen Theile hier abdrucken können. Es heißt da:

In die unterzeichnete Theatercommission sind eine Anzahl Fragen gestellt worden, die sich auf die von uns beantragten Volksvorstellungen beziehen; es sind ferner verschiedene, dieselbe Angelegenheit betreffende Privatfragen und Anfragen laut geworden, die eine Klärung notwendig machen. Die Commission

fühlt sich daher verpflichtet, nachstehend einige Aufklärungen zu geben.

In erster Reihe stehen mehrere Bemerkungen, die in einem in der „Volksmacht“ abgedruckten Referat über die Aufführung der „Räuber“ enthalten sind. Der Referent weist auf jene Leute hin, welche besürchten, daß die Direction des Stadttheaters den „Versuch“ mit den Volksvorstellungen nur deshalb gemacht habe, um die Gründung eines Breslauer Schillertheaters zu vereiteln, „und daß diese Vorstellungen sofort wieder ad acta gelegt würden, wenn die Gründung des Schillertheaters definitiv als gescheitert betrachtet werden kann.“ Er fügt hinzu: „Mag dem sein, wie ihm wolle, das glaubt doch wohl Niemand, daß sich unsere Theaterdirectoren aus Interesse für das Volk ins Zeug legen.“

Es wäre gut gewesen, wenn der Referent, bevor er sein Theaterreferat schrieb, sich bei der Commission bezüglich der von ihm geltend gemachten Bedenken unterrichtet hätte. Er hätte dann die Antworten, die wir zu geben haben, seinen Fragen bald hinzufügen können und damit der guten Sache jedenfalls einen Nutzen erwiesen. Die Theatercommission ist sich bewußt, das ihr übertragene Mandat nach bestem Willen und Können und nur im Interesse der Arbeiterchaft zu erfüllen, und sie ist selbstverständlich bereit, jedem Parteigenossen in der Theaterangelegenheit Rede und Antwort zu stehen. Sie hält es daher auch für billig und taktvoll, daß jeder Parteigenosse, der in unserem schließlichen Arbeiterorgan das Wort in der Volks-theater-Angelegenheit ergreift, sich vorher bei der von der Parteiverammlung erwählten Commission hinreichend informirt.

Und nun die Antwort. Als in der letzten, vom Schauspielers Weiblich einberufenen Versammlung, die über die Gründung eines Schillertheaters berathen sollte, von bürgerlicher Seite die Muthmaßung ausgesprochen wurde, daß die Volksvorstellungen aufhören würden, sobald Director Dr. Loebe die drohende Concurrenz des Schillertheaters nicht mehr zu fürchten habe, erklärte Genosse Slowronet, über diese Frage dürften sich die Herren von Köpfe nicht zerbrechen, denn die Arbeiter hätten schon dafür gesorgt, daß die billigen Volksvorstellungen nicht vorübergehend, sondern dauernd stattfinden. Derselbe Antwort ertheilen wir hiermit auch dem „Rauher“-Referenten. Wir haben es als eine unsere ersten Aufgaben betrachtet, an die Direction des Stadttheaters die Frage zu stellen, ob wir berechtigt sind, die Volksvorstellungen als eine dauernde Einrichtung zu betrachten. Mit der Antwort, die uns ertheilt wurde, konnten wir zufrieden sein. Daß Herr Dr. Loebe sein Wort halten wird, davon sind wir überzeugt. Einverstanden sind wir mit dem Referenten, wenn er beweist, daß sich unsere Theaterdirectoren aus Interesse für das Volk ins Zeug legen. Wir vermuten, daß auch Dr. Loebe bei den Volks-Vorstellungen Geld verdienen will und wenn das Theater anverkauft ist, auch verdient. Aber man bedenke: Der Etat des Stadt-Theaters beläuft sich monatlich auf 50- bis 60,000 Mark, und die Einnahme bei einer Volks-Vorstellung beträgt — immer vorausgesetzt, daß das Theater völli, ausverkauft ist — 490 Mark. Hierin rechne man ab, was dem Theater eine solche Vorstellung kostet, und man wird zu dem Ergebniss gelangen, daß die Direction keinen sonderlichen Schaden erleidet, wenn die Volksvorstellungen ein Ende nehmen. Es kommt hinzu, daß der Besuch des Stadttheaters durch die billigen Vorstellungen im Theaterpark eine beträchtliche Einbuße erleidet. Wir haben uns zu diesen Bemerkungen auch deshalb genöthigt, weil von conservativer Seite der alberne Versuch gemacht wird, die Arbeiter gegen die Volksvorstellungen im Theaterpark anzubringen. Sprechend müssen wir, daß unserer festen Ueberzeugung nach die Direction des Stadttheaters nicht allein aus geschäftlichen, sondern auch aus überdem Gründen den Arbeitern gute und billige Theatergenüsse verschafft. Das Stadttheater soll eine Führgenossenschaft für das Volk sein, und wer den Dr. Loebe aus seinen Schriften, und wer ihn als Redner kennt, wird nicht bezweifeln können, daß derselbe diese Aufgabe sehr ernst auffaßt.

Weiter überläßt der Referent: Haben denn nun die Breslauer Arbeiter wirklich eine Volkshöhle, wie sie ihre Berliner Genossen haben? Diese Frage ist schon einmal in diesem Blatte schon worden. Wir gehen, daß wir dem Verstande des Herrn Dr. Loebe, gute Volksvorstellungen zu billigen Preisen zu veranstalten, nicht gegenüberstellen. So lange er behauptet, die Arbeiter und ihre ganze moderne Zeit- und Schopenhauertheorie junggeblieben und sich — das ist gerade herabgesetzt — so weit als möglich an den Spielplan der freien Volkshöhle in Berlin hält, denn diese wird nun einmal Kultur sein, so lange werden wir seine Behauptung unterstützen. Wir werden dagegen sofort opponiren, wenn man den Arbeitern wieder „Kultur“ und „Kulturgenüsse“ anbieten sollte.

Nach unserer Auffassung haben die Breslauer Arbeiter wirklich eine Volkshöhle; freilich keine solche, wie sie die Berliner Genossen haben. Die „freie Volkshöhle“ in Berlin ist ein geschlossener Verein, und nur Mitglieder haben Eintritt. Ob es möglich wäre, auch in Breslau einen solchen Verein ins Leben zu rufen, darüber lasse sich discutiren. Vorläufig müssen wir mit dem zufrieden sein, was wir haben, und wir dürfen zufrieden sein. Da der Referent die frühere in der „Volksmacht“ erschienenen Artikel anscheinend gelesen hat, mußte er wissen, daß die zur Aufführung gelangenden Stücke nicht von der Direction bestimmt, sondern von der Theater-Commission ausgewählt werden. Wenn einzelne Stücke, die in Vorschlag gebracht worden sind, nicht zur Aufführung gelangen können, so liegt das daran, weil die Kosten der scenischen Darstellung die Einnahmen weit übersteigen würden. Das ist zum Beispiel der Fall bei den Kaimund'schen Stücken, welche der Mehrzahl nach die Mitwirkung der Theater-Capellen und theurer Operkräfte erforderlich machen. Wir haben z. B. verlangt, daß das noch nie und nirgends zur Aufführung gelangte dramatische Werk von Ferdinand Lassalle für die Bühne bearbeitet und zur Aufführung gebracht werde, und die Direction hat uns auch diese Forderung bewilligt. Die „Circusleute“ hatten wir gewählt, weil wir der Ansicht waren, daß es sich empfehlen würde, abwechselnd ein klassisches Drama und ein modernes Lustspiel auf den Theaterplan zu setzen; wir haben jedoch, sobald sich Widerspruch erhob, die „Circusleute“ sofort listirt. Der Referent wußte doch wohl, daß der „Weilchenfresser“ lediglich deshalb aufgeführt werden mußte, weil Herr Höfer plötzlich erkrankte und weil von den zufällig einstudirten Stücken das Moser'sche noch das annehmbarste war?

Die Theater-Commission.

H. Bergmann. F. Slowronet. J. Weyh.

\* In Sachen des „General-Preigers“ contra Redacteur, Genossen Schebs, stand gestern, den 1. März, vor der Berufungsinstanz Termin an. Derselbe wurde indessen auf Antrag des Rechtsanwalts Marcuse, des Vertheidigers des Schebs, vertagt, weil er auf das Zeugniß des Theaterdirectors Witte-Wilb, der dringender Geschäfte wegen verreisen mußte und deshalb zum Termine nicht erscheinen konnte, nicht verzichten wollte. Wie wir hören, steht die Sache für Schebs günstig, indem die Zeugenaussage des Redacteur Liebisch in Betreff des Mißklägers Dr. Hoffmann, um den es sich hauptsächlich handelt, geradezu vernichtend lauten soll. Die Abweisung dieses Klägers dürfte unbedingt erfolgen. Bezüglich der übrigen Kläger wird die Beweisaufnahme abzuwarten sein. Soviel können wir heut schon sagen, die Redacteurs des „General-Anzeigers“ hätten klüger gethan, wenn sie nicht geklagt hätten.

\* Zur Gründung eines Arbeiter-Turnvereins in Breslau. Die für gestern Abend 8 Uhr in Föckel's Restaurant, Nikolaistraße 38, einberufene Beipredung zum Zwecke der Gründung eines Arbeiter-Turnvereins, zu der sich ungefähr 30 Personen eingefunden hatten, wurde plötzlich durch einen Polizeicommissarius unmöglich gemacht, der in der irrigen Annahme, daß es sich um eine politische Versammlung handle, diese Versammlung, die also gar nicht bestand, auflöste und die anwesenden Personen aufstoderte, das Local zu verlassen. Diese „Auflösung“ erscheint um so verwunderlicher, als Arbeiter-Turnvereine in ganz Preußen als private Vereinigungen angesehen werden, die sie auch sind, nirgends die Versammlungen anmelden und polizeilich nie aufgelöst worden sind. Der Einberufer wird sich über das Vorgehen der Polizei beschweren.

Die Gründung des Arbeiter-Turnvereins geht trotzdem vorwärts; bereits haben 25 Arbeiter ihre Beitrittserklärung abgegeben. Kasanft giebt und Anmeldeurgen nimmt entgegen: Karl Scharf, Werderstraße Nr. 32, I.

\* Stadt-Theater. Heute Sonnabend gelangt Goethe's „Faust“ zur Aufführung. — Sonntag, Nachmittags findet bei ermäßigten Opernpreisen eine Wiederholung des Märchenstücks „Hänsel und Gretel“ statt. — Abends geht die Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ in Scene.

\* Lobe-Theater. Sonnabend findet die erste Doppel-Vorstellung von „Fernand's Ehecontract“ und Slowronet's „Halali“ statt. Der Anfang ist auf 7 Uhr festgesetzt. Sonntag geht als Nachmittags-Vorstellung letztmalig Heinrich Hees' „Der Schlagbaum“ in Scene während Abends die Doppelvorstellung von „Fernand's Ehecontract“ und „Halali“ wiederholt wird.

\* Thalia-Theater. Sonntag gelangt Schiller's Schauspiel „Die Räuber“ zur Aufführung.



\* **Concordia-Theater.** Morgen findet die zweite Aufführung von Lindaus Schauspiel „Marta und Magdalena“ statt. Montag fällt die Vorstellung aus und Dienstag geht die Posse mit Gesang „20000 Mark Belohnung“ zum letzten Male in Scene. Zum Benefiz für den jugendlichen Komiker Paul Sibale wird am künftigen Mittwoch die Suppé-Operette „Zehn Mädchen und kein Mann“ einstudirt, vorher geht das Benediktische Lustspiel „Die Hochzeitsreise“ in Scene.

\* **Der Circus Krenz** trifft am 8. März hier ein und am Abend des Sonnabends, den 9. März findet, dann die erste Vorstellung nach dreijähriger Pause hier statt.

\* **Explosion.** Am 28. v. Mts., Nachmittags, löthete ein Monteur in der Keller-Backstube des Grundstücks Neue Weltgasse 4 ein undicht gewordenen Wasserrohr, wobei seine Stichtlampe explodirte. Der Monteur wurde zurückgeworfen und erlitt Brandwunden an den Händen und im Gesicht. Der durch die Explosion bewirkte Luftdruck, zerstücktete die Schaufensterheibe des im Parterre befindlichen Väterlabens, ebenso wie zwei Spiegelscheiben und mehrere Fensterheiben verschiedener Wohnungen; der angerichtete Materialschaden beläuft sich auf 110 Mark. Der verletzte Monteur wurde durch einen Arzt verbunden.

\* **Unfall.** Am 28. v. Mts., Vormittags, stand auf der Tauenzienstraße ein Kutscher neben seinem einspannigen Wagen, als das Pferd plötzlich durchging und den Kutscher zu Boden riß. Das Pferd raste mit dem Gefährt die Schweidnitzerstraße entlang bis auf den Ring, wo es aufgehalten wurde. Der Kutscher hatte leichte Verletzungen. Er mußte dem Althergeiligen-Hospital zugeführt werden.

\* **Einbruchsdiebstähle.** Am 27. v. M. wurden einem Cigarren-Kaufmann in der Feldstraße aus seinem Geschäft Cigarren und Tabak im Werthe von etwa 80 Mark gestohlen. Schon am anderen Morgen wurde der Dieb in der Person eines in jenem Geschäft bediensteten Arbeiters ermittelt und festgenommen. — In der Nacht zum 1. d. M. wurde auf der Neuen Schweidnitzerstraße in eine dort befindliche Restauration ein Einbruch verübt. Dem Dieb fielen mehrere Flaschen Rum, Cognac und Wein, sowie einige Würste anheim.

\* **Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängnis wurden am 28. v. Mts. 52 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: auf der Paulinenstraße zwei Thürklinken. — Abhanden kamen: ein Paket, enthaltend fünfzehn Hählfarben, zwei Postmonnaies mit 6.50 Mark und 110 Mark, ein Ring mit Brillant, ein goldenes Trauring gez. G. B. 27. 12. 85 und 15. 5. 86 ein goldenes Armband. — Gefunden wurde: ein Glasdiamant und eine Büchse mit einmarinirten Heringen.

**Schlesien.**

\* **Biegalsk.** 28. Februar. Der Regierungs-Präsident hat an die unteren Verwaltungsbehörden seines Ressorts die Verfügung gerichtet, nunmehr unverzüglich mit den erforderlichen Vorarbeiten zu beginnen, welche die Durchführung der Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb mit dem 1. April d. J. ermöglichen sollen. — Das diesjährige Erntz-Geschäft findet für den Landkreis Biegalsk vom 18. bis 23. März im hiesigen Schießhause statt.

\* **Bunzlau.** 28. Februar. Gegen die Umsturz-Vorlage. Eine Petition an den Reichstag um Ablehnung der Umsturz-Vorlage wird demnächst auch in unserer Stadt an mehreren Stellen zur Unterschrift ausgelegt werden.

\* **Bunzlau.** Parteigenossen von Bunzlau und Umgegend! Da ich Mittwoch, den 6. März, meine dreimonatliche Gefängnisstrafe antrete, mache ich meine werthen Abonnenten darauf aufmerksam, daß Sonntags die Colportage in Bunzlau durch den Genossen Gustav Weigelt, in Tillendorf und Sand durch den Genossen Johann Hübner besorgt wird, ich ersuche die werthen Abonnenten stets alle Sonntage zu bezahlen, da sonst die Zustellung eingestellt werden muß. Ueber unpünktliche Zustellung wolle man sich bei Genosse Ernst Starke, Kaufmann, Zollstraße 20, beschweren.

August Kömer, Löpfer u. Colporteur, Burglehn 18.

\* **Sagan.** 1. März. Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte. Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist der Gerichtsassessor Gerber am Donnerstag von der hiesigen Strafkammer zu einem Monat Festung verurtheilt worden, weil er sich des Vergehens der Aufforderung zum Zweikampf schuldig gemacht hatte. Die Deffentlichkeit war ausgeschlossen, da eine Ehe-scheidungsache in der Verhandlung zu streifen war.

\* **Trebnitz.** 27. Februar. Auch in unserer frommen Stadt fängt die Arbeiterschaft an, sich zu regen; nicht wenige sind es, die das „Gift“ der Socialdemokratie schon genossen haben, und recht recht rege für die gerechte Sache des Proletariats agitiren. Darob nun große Bestürzung bei allen Philistern und sonstigen Ordnungsjägern, man schreit wie gewöhnlich nach der Polizei. In den letzten Tagen sahen dieselben nach dem „Schlesischen Landboten“, dem Volkskalender, der in vergangener Woche beschlagrahnit wurde. — Das wird alles nichts nützen. Da, wo unsere Ideen erst einmal feste Wurzeln gefaßt haben, ist an eine Ausrottung derselben nicht mehr zu denken; sie greifen im Gegentheil immer weiter um sich und erfüllen bald den größten Theil der Arbeiterschaft. Daß dies auch hier geschieht, dafür wollen wir mit allen Kräften wirken. Wir rufen deshalb den Arbeitern und Handwerkern von Trebnitz zu: Laßt Euch nicht einschüchtern, sondern schließt Euch alle an unsere Sache an, die der Befreiung der Arbeiterklasse aus Anechtschaft und Noth gilt!

\* **Schweidnitz.** 27. Februar. Opfer der Arbeit. Der 68 Jahre alte Arbeiter Böse in Kosernitz im benachbarten Kämpfischer Kreise war dieser Tage bei einem durch Göpel betriebenen Schlagleisten-Dreschmaschine mit Einlegen des Getreides beschäftigt. Während des Dreschens löste sich eine Schlagleiste und traf den Böse derart an die Brust, daß er leblos zusammenbrach. Durch den herbeigerufenen Arzt wurde der sofortige Tod in Folge Herzeranschlag constatirt.

**I. Sandelshut.** Parteigenossen! Ihr wißt, welchen schweren Kampf es gekostet hat, ehe uns ein Ver-

sammlungslcal zur Verfügung stand. Und jetzt, da wir uns in der glücklichen Lage befinden, ein solches zu besitzen, lassen es gar manche Genossen an der Unterstützung fehlen, die sie dem betreffenden Casuwirth gegenüber schuldig sind, der, indem er uns Aufnahme gewährte, nun von anderer Seite bohkottirt wird und Drangsalirungen jeglicher Art ausgeht ist. Erfülle darum jeder Parteigenosse seine Pflicht und Sorge für die Unterstützung des Mannes, der Muth genug besaß, trotz alledem uns sein Local zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

\* **Hirschberg.** 27. Februar. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz vom 11. März 1850 war der frühere Vorsitzende des Hirschberg-Schönauer socialdemokratischen Wahlvereins, Schuhmachermeister, Genosse Friedrich Rambach aus Gundersdorf, vom Schöffengericht zu Schmiedeberg am 28. November 1894 zu einer Geldstrafe von 15 Mark verurtheilt worden, weil er in Arnsdorf und Schmiedeberg socialdemokratische Vereinsversammlungen abgehalten haben sollte, ohne vorher, wie es das Gesetz vorschreibt, den dortigen Polizei-Verwaltungen Statuten und Mitgliederverzeichnis des Vereins vorgelegt zu haben. K. hat gegen das Erkenntniß Berufung eingelegt, die heute, nachdem behufs Ladung neuer Zeugen bereits ein zweiter Termin angefezt war, Erfolg hatte. Das schöffengerichtliche Urtheil wurde von der hiesigen Strafkammer dem Antrage der königl. Staatsanwaltschaft gemäß aufgehoben und K. freigesprochen. Nach der Beweisaufnahme konnte eine Veranstaltung von Vereinsversammlungen nicht anzuweisen werden, da weder in Schmiedeberg noch in Arnsdorf Zweigvereine des socialdemokratischen Wahlvereins bestehen. Die Versammlungen waren als Volksversammlungen anzusehen.

\* **Doppeln.** 28. Februar. Ein Eisenbahn-Tarif-Curiosum wird der „Bresl. M.-Ztg.“ mitgetheilt: „Ein Fahrkarte dritter Klasse Breslau-Doppeln kostet hin und retour 5 Mark, eine ebensolche von Doppeln nach Tillowitz 1.40 Mark, also zusammen 6.40 Mark. Löse ich aber in Breslau eine Fahrkarte direct nach Tillowitz, so kostet diese hin und retour nur 5.60 Mark. Es ist eine Differenz von 80 Pfennig, die viele Leute zu viel zahlen, weil sie sich nicht denken können, daß 2 und 2 nicht 4, sondern 5 ist.“ Jaja, im Eisenbahn-Rechnen lernt man nie aus.

**Aus den Nachbarprovinzen.**

**K. Posen.** 27. Februar. Ländliches Stim-mung 25111. Vor kurzer Zeit besichtigten wir, wie unsere nothleidenden Agrarier ihre ausgemergelten Lohnsklaven abzuschleichen suchen, sobald sie denselben Armenunterstützung geben sollen. Heute sind wir in der Lage, einen Fall der Deffentlichkeit zu übergeben, welcher beweist, wie schwer es den alten Landproletariern überhaupt wird, Armenunterstützung zu erlangen. Auf einem Dominium im Regierungsbezirk Bromberg beantragt ein Scharwetter, welcher über 60 Jahre alt ist, einen Busch hat, in Folge dessen zur Arbeit nicht mehr viel taugt, und deshalb nur 30 Pf. pro Tag bekommt, beim Landrath Armenunterstützung. Der Herr Landrath giebt das Gesuch an den Districtscommissar zu Grün zur Recherche; der Herr Districtscommissar sendet das Gesuch an den Herrn Guts-Polizeiverwalter zur Begutachtung. Nun ist der betreffende Polizeiverwalter der Herr Administrator des Dominiums. Das Gutachten lautete dem Sinne nach: „Der p. p. ist nicht unterstützungsbedürftig, ist noch arbeitsfähig, arbeitet täglich auf hiesigem Gute und verdient das ortsübliche Tagelohn — punctum.“ Gleichzeitig verfügte der Herr Administrator an seinen Oberinspector: „Dem p. p. wird der Preis des kürzlich gelieferten Bruchbandes sofort von seinem Lohn abgezogen. Das Dominium hätte ihm das Bruchband geschenkt; wenn er aber Geld besitzt, um sich bei einem Winkelconsulenten Denunciationen schreiben zu lassen, dann kann er auch das Bruchband bezahlen.“ Ja, diese Herren, welche immer mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit prahlen, sind überall gleich. Mag so ein Krüppel doch sterben, wenn er doch nicht mehr seinen Mann stellen und von dem, was er noch verdient, leben kann. Oder mag er doch wenigstens ein „ganzer“ Krüppel sein, damit die „Krone unserer Socialgesetzgebung“ die Invaliditäts- und Altersversicherung einspringen muß. Aber die Invaliditäts-Versicherung — die Krone unserer Socialgesetzgebung — springt erst dann ein, wenn der Arbeiter nicht mehr ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes verdienen kann; was dies aber zu sagen hat, kann nur derjenige beurtheilen, der die Höhe der ortsüblichen Tagelöhne der Provinz Posen kennt.

**Gerichtliches.**

**Wegen Majestätsbeleidigung** hatte sich am 27. d. Mts. vor der Strafkammer in Reiffe der Zingiebergeselle Karl Holzappel aus St. Würden bei Wien (Oesterreich) zu verantworten. Derselbe hatte am 9. Februar d. J. zur Zeit, als er bei dem Zingießer Müller hieselbst arbeitete, in ange-trunkene-m Zustand den Deutschen Kaiser und das Deutsche Reichthum beleidigt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Deffentlichkeit statt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

**Vermischtes.**

**Eine Anzahl ungebrannter Briefe Ferdinand Lassalles** an seine Eltern und seine Schwester fand in den Besitz des Herrn Dr. Heinrich Steger in Wien gelangt, und in der letzten Nummer der „Zeit“ vor Hermann Bahr veröffentlicht worden. Einer davon, der Lassalles Freisprechung in dem bekannten Kaffettendiebstahlproceß behandelt, ist von ganz besonderem Interesse. Er ist an die Schwester gerichtet und unmittelbar unter dem Eindruck der Verhandlung geschrieben:

„Geliebtes Kind!

Gestern war große Bataille! Mein Hochverraths-proceß fand vor dem Staatsgerichtshof statt. Es ging hart her. Der Ober-Staatsanwalt plaidirte in Person und beantragte für die Kleinigkeit von drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahre Stellung unter Polizeiaufsicht und 10 Thaler Geldstrafe. Die Sitzung dauerte von 10 Uhr bis 6 Uhr. Ich plaidirte vier Stunden, stellenweise mit der Muth

eines hystanischen Königtigers! Drei- bis viermal wurde ich durch ein wahres Wuthgeheul der von ihren Sesseln auffahrenden Richter unterbrochen. Aber ich bäubige meine Böden so gut wie Bathy. Ich provocirte sie, mir das Wort abzuschneiden, wenn sie wollten. So lange ich aber das Wort hätte, würde ich sprechen frei wie der Vogel in der Luft. Mir das Wort abzuschneiden, wagten sie nicht, weil es offenkundiger Cassationsgrund gewesen wäre. So fielen sie denn aus ihrem Wuthrath immer wieder in Nach-giebigkeit zurück, und ich ging, den Karlsruh kräftig schwingend, immer weiter voran. Als sich die Richter zur Berathung zurückzogen, gewährte das ganze Auditorium einen äußerst trüblichen Anblick. Meine Freunde hatten sich zahlreich eingefunden. Keiner, der mich nicht für einen verlorenen Mann gehalten hätte. Einen solchen Eindruck hatte die Erbitterung der Richter gemacht. Dorn, der als Zuschauer da war, und wie alle, fast verhungern, treu aus-hielt, sagte mir: Der Staatsgerichtshof hat noch nie Jemand freigesprochen. Er rief mich, schnell fortzufahren und mich in Sicherheit zu bringen. Denselben Rath gab mir Holthoff, der gleichfalls nicht den geringsten Glauben an eine Freisprechung mehr hatte. Denselben Rath, auf mich einstürmend, alle meine Freunde. Ich aber hielt es meiner nicht würdig, den Rücken zu zeigen. Ich hielt aus wie der Fels im Sturm, obgleich im Falle der Verurtheilung meine sofortige Verhaftung gewiß war, und ich selbst an meine Freisprechung nicht mehr glaubte, so groß war die Erbitterung gewesen. Was die Gräfin, die gleich-falls zugegen war, dabei gelitten hat, kannst Du Dir denken! So wartete ich denn die Rückkehr der Richter ab. Es war das vierte Mal in meinem Leben, daß ich mich völliger Vernichtung gegenüber befunden habe. Endlich kamen sie und verkündeten meine — Freisprechung. Du hättest die Freude meiner Freunde sehen sollen, zumal der Gräfin und Buchers, der beinahe Kobold schoß! Und das Gesicht des Oberstaatsanwalts, der aussah wie eine Krabe, die Essig getrunken! Der Präsident kam jetzt sehr liebenswürdig auf mich zu, versicherte mir seine Bewunderung für meine Stimme, seine Theilnahme dafür, daß ich dieselbe so sehr angestrengt, da er doch aus den Acten wisse, daß ich ein Halsleidende habe, und behauptete jetzt, nur im Interesse derselben so oft auf Müdigung gedrungen zu haben! Ich glaube, es ist wirklich die erste Freisprechung, die vor dem Staatsgerichtshof erfolgt ist. Du bist die Erste, der ich Nachricht hier von gebe, wohl auch die Einzige, mit Ausnahme zweier Zeilen, die ich noch gestern der geliebten Mutter schrieb. Du siehst also, daß ich bei dieser Gelegenheit mein sonstiges „Nicht-Schreiben“ gut zu machen weiß.“

**Hamburg.** 28. Februar. Der wegen wiederholter Sitlichkeitsvergehen in Untersuchungshaft befindliche Arzt Dr. Samuelsohn hat sich erschossen. Gegen seinen Rechts-beistand, der ihm die Waffe zusteckte, ist die Untersuchung eingeleitet.

**Eberfeld.** 27. Februar. Bei Lüdenscheld wurden zwei verheirathete Arbeiter gleichzeitig von einem Eisenbahn-zug getödtet. Dem einen wurde der Kopf abgefahren, der andere halbtirt.

**Die dritte jüngst gekohlene Geldstempel** in Nürnberg ist von einer alten Frau am Donnerstag im Post-hofe uneröffnet mit 150,000 Mark Werthen gefunden worden.

**Ein junger Priester** feuerte am Donnerstag auf den Bischof in Catanzaro in Calabrien einen Revolverbeschuß ab, durch den der Bischof schwer verletzt wurde.

**Beim Faschingsumzug** am Dienstag wurde in Triest ein als Frau maskirter Antreiber Blasio, der mehrere Frauen attackirte, von einem Unbekannten gestochen. Blasio blieb sofort todt.

**Im Brooklyner Rathhause** brach am Mittwoch Großfeuer aus. Die Kuppel mit der mehrere Tonnen schweren Glocke ist eingestürzt und hat die 25 Fuß hohe Statue der Gerechtigkeit zertrümmert. Das Rathhaus hat durch den Glockeneinsturz großen Schaden erlitten.

**Durch eine Explosion** in einer der Atchison-, Topoka- und Santa Fe-Eisenbahn gehörigen Kohlengrube in Cerillos (Neu-Mexiko) geriethen die Werke in Brand. Durch fallende Trümmer wurde der Eingang eines Schachtes ver-sperrt; 40 Bergleute wurden begraben. Von 50 Bergleuten, welche sich zur Zeit in den Stollen befanden, sind nur elf gerettet. Diese sind sämmtlich schwer verletzt. 29 Leichen sind bereits ans Tageslicht gefördert.

**Ueber Cholerafälle** in Argentinien wird aus Buenos Ayres vom Mittwoch telegraphirt: In Rosario sind 17 Personen an Cholera erkrankt und 9 gestorben, in Santa Fe 9 bezw. 5.

**Neueste Nachrichten.**

— **Berlin.** 1. März. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Commission des Reichstages für die Vorberathung der Tabaksteuervorlage eine wesentliche Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak beschließen, dagegen die Einführung der Tabakfabriksteuer ablehnen werde. — Wir halten es dagegen durchaus nicht für unwahrscheinlich, daß die Tabakfabriksteuer mit einer Erhöhung des Zolles angenommen wird, da man gerade in den Kreisen der süddeutschen Pflanzler auf die Zollerhöhung besonderen Werth legt.

— Nach der „Nat.-Ztg.“ sind im Justizministerium folgende Vorschläge zur Bekämpfung der Verwilderung der Jugend gemacht worden: 1) Festsetzung des 14. an Stelle des 12. Lebensjahres (§ 53 des Str.-G.-B.) für den Beginn der Strafmündigkeit. 2) Ausdehnung des preussischen Gesetzes vom 13. März 1878, wonach Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren, die strafbare Handlungen begangen haben, durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes in eine Erziehungs- oder eine Besserungsanstalt gebracht werden können, a. auf alle nach im „Julpflichtigen“ Alter stehenden Kinder, die sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben und b. auf diejenigen Kinder bis zu 16 Jahren, die ohne daß ihnen eine strafbare Handlung nachgewiesen werden kann, der Gefahr der Verwilderung ausgesetzt sind. — Selbstverständlich wird die Zwangsverziehung der Polizeiknappen eine wünschenswerthe Wirkung auf verwilderte Kinder des Proletariats ausüben.



- Daß der Graf Hoensbroech in den diplomatischen Diensten des Reiches eintreten werde, erklärt der „Samb. Correspondent“ für unbegründet.

- In der Wahlprüfungs-Commission des Reichstages wurden die Mandate der Abgeordneten von Manteuffel (10. Frankfurt) und Saurma-Jelsch (4. Breslau) für gültig erklärt.

- Leipzig, 1. März. Bei der heutigen Urtheilsverkündung im Brauseweiser-Prozess, hat das Reichsgericht, II. Strafsenat, die Revision der angeklagten Redactoren in der Hauptsache kostenfällig verworfen. Nur bezüglich der Kosten erster Instanz wurde das Urtheil aufgehoben, indem statt der von der Strafkammer ausgesprochenen solidarischen Haftbarkeit der Angeklagten für die Kosten und Auslagen jeden Angeklagten nur die Auslagen in dem gegen ihn selbst eingeleiteten Verfahren auferlegt wurden. Ein minimaler Rechnungsunterschied! Die übrigen Revisionsgründe wurden theils zurückgewiesen, theils für unerheblich erklärt.

- Schmalkalden, 1. März. Die Reichstagswahl im hiesigen Kreise hat ein für manche Leute sehr unangenehmes Resultat gehabt: Der Socialdemokrat ist mit einem raschen Schritte an die allererste Stelle gerückt und hat gute Aussicht in der Stichwahl gewählt zu werden. Das Resultat ist folgendes: G u h n (Soz.) 5385, F r a u t (Antisemit) 3663, S t e n g e l (freis. Volksp.) 3421 und P e t e r s (nat.-cons.) 3035 Stimmen. Einige kleinere Ortschaften fehlen noch. Es findet also Stichwahl statt zwischen Guhn und Fraut. Die Wahlbetheiligung war diesmal eine größere, als bei der Hauptwahl im Jahre 1893. Damals wurden von 21,926 berechtigten 14,739 Stimmen abgegeben, darunter freiconservativ 4280, freisinnige Volkspartei 2844, Socialdemokraten 3765, Antisemiten 3809. Bei der Stichwahl zwischen Freiconservativen und Antisemiten siegte der Antisemit Feuß mit 6879 gegen 4832 Stimmen.

Einem Zuwachs haben in der Nachwahl also nur die oppositionellen Parteien gehabt, den größten die socialdemokratische, die ihre Stimmenzahl um etwa 50 Procent vermehrt hat. Wenn die freisinnige Volkspartei im Wahlkreise nicht etwa den F r a u t unterkühlt, sind die Aussichten der socialdemokratischen Candidaten auf einen Sieg recht gute. Jedenfalls aber bedeutet schon der Ausfall der Hauptwahl für die Socialdemokratie einen glänzenden Erfolg!

- Weimar, 1. März. Der Vertreter unseres Kreises im Reichstage Abg. Kalmring (freicons.) ist gestorben. Die Nachwahl wird sich zu einem erbitterten Kampfe gestalten, in dem die Aussichten der Socialdemokratie auf einen Sieg nicht geringe sind. Der nun verstorbene Kalmring wurde 1883 in der Stichwahl gewählt mit 12,487 Stimmen gegen 9791 Socialdemokraten. Beim ersten Wahlgang wurden abgegeben Stimmen für den freiconservativen Candidaten 6396, für die freisinnige Volkspartei 4901, die National-liberalen 3260, den Socialdemokraten 6081 und einen Antisemiten 475.

- München, 1. März. Weiter wurde Genosse Schade vom Regensburger Schwurgericht wegen Majestätsbeleidigung, begangen gegen den deutschen Kaiser und den bekanntlich unheilbar geisteskranken Bayernkönig Otto, zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt.

- Wien, 1. März. Das Abgeordnetenhaus überwies den Antrag Facal, wonach die im Reichsrathe und den Landtagen gehaltenen Reden der gerichtlichen Judicatur entzogen werden sollen, dem Präsidium zur Berichterstattung. Die Dringlichkeit des Antrages wurde in der letzten Sitzung abgelehnt.

- Athen, 1. März. Der gestern abgehaltene Ministerrath beschloß, das Parlament am 4. März aufzulösen, die Neuwahlen am 27. April stattfinden zu lassen und die neue Kammer zum 28. Mai einzuberufen.

- Rom, 1. März. Aus Rimini wird gemeldet, daß die Arbeiterbewegung sich immer kritischer gestaltet. Die Zündholzfabriken sind geschlossen. Unter der Bevölkerung der Romagna herrscht große Erregung.

- Madrid, 1. März. Heute wurde der Befehl ertheilt, sieben Bataillone, jedes in Kriegsstärke von 900 Mann, sofort unverzüglich nach Cuba zu verschiffen. Ein weiteres Bataillon, das in Porto-Rico liegt, begiebt sich ebenfalls nach Cuba. Die Bewegung auf der Insel ist zweifellos viel ernstlicher, als die amtlich ausgegebenen Berichte sie erscheinen lassen.

- Petersburg, 1. März. Dem Blatte „Nabljudatel“ (Beobachter) wurde wegen wiederholter Veröffentlichungen von Artikeln, die deutliche Sympathie für den Socialismus bezeugten, auf Verfügung des Justizministers eine ernste Verwarnung ertheilt.

- Key West (Florida), 1. März. Ein spanisches Kanonenboot ist hier angekommen, vermuthlich, um den Ausbruch des Freibeuterzuges nach Cuba zu verhindern. Hier ist die Nachricht eingegangen, daß die Luftschiffen auf Cuba 2000 spanische Truppen unter General Pachambré geschlagen haben.

- Mexico, 1. März. Das „Bureau Reuter“ meldet: Gestern entgleiste bei Tenamalka ein Zug der Inter-oceanischen Eisenbahn, welcher mit nach Mexico reisenden Pilgern dicht besetzt war. 104 Personen wurden getödtet, 85 verletzt.

### Stadt-Theater.

Sonnabend:  
„Faust“.  
Sonntag Nachmittag:  
„Hänsel und Gretel“.  
Abends:  
„Die lustigen Weiber v. Windsor“.

### Lobe-Theater.

Sonnabend:  
„Salat“.  
Sonntag Nachmittag:  
Zum letzten Male:  
„Der Schlagbaum“.  
Abends:  
„Salat“.  
Fernand's Ehecontract.

### Victoria-Theater

(Sommernachts-Ballet.)  
Täglich:  
Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

### Eppmann's Weltberühmtes Panoptikum

Ohlauerstraße 64.  
Neu! Neu!  
Sobald angekommen:  
Das Colossal-Gemälde von dem schrecklichen Unglück beim Hütlergang der „Elbe“ ist von heute ab angesetzt.  
Außerdem der einzig existirende Miniaturnachbild Dobos Janos.  
Aufserdem in der Berliner-Gallerie August Scheffer, Alois Thiem u. a. m.  
Eintritt 50 Pf.  
Bereitsbillets gültig. 3562  
Für noch kurze Zeit.

### Geogr. Rosler's Brauerei

Original-Cyroler Concertsänger-Gesellschaft  
aus Innsbruck.  
Dir.: Hans Spiess  
und Aufseher des Orchesters  
Francois Wells.  
Wochentags Entree 15 Pf.  
Sonntags 20  
Kinder 10 Pf.  
Jeden Sonntag:  
Freischoppen-Frei-Concert.  
3270

### Neustadt O.-S.

Sonntag, den 3. März.  
Nachmittags 4 Uhr:  
General-Versammlung  
d. Arbeiter-Bildungs-Vereinigung.  
Tagesordnung: 1. Rechnungsablegung 3576  
2. Wahl des Vorstandes. 3. Anträge aus der Mitte der Versammlung und Beschlüsse.  
Der Vorstand.

### Deutscher Kronprinz,

Kurzegaße 50.52.  
Sonntag, den 3. März 1895: 3574  
Grosses Tanz-Kränzchen,  
arrangirt vom Lotterie-Verein „Concordia“.  
Anfang 1 Uhr.  
Gäste willkommen. Das Comité.

### Achtung.

Sonntag, den 3. März, Nachmittags 4 Uhr  
findet im Locale bei Herrn Mertin, Kleine Groschengasse 10.11 die  
1. ordentl. Generalversammlung  
der Rohrleger u. Gehilfen  
Tagesordnung: 1. Bericht des Jahres 1894. 2. Wahl der Vorstandsmitglieder. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Collegen, recht pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

### Stablissement „Concordia“, Margarethenstr. 17.

Montag, den 4. März 1895:  
Stiftungs-Fest  
der Zahlstelle Breslau des Kranken-Unterstützungsbundes  
der Schneider (E. S. Braunschweig) 3551  
bestehend in Concert, Theater und Tanz.  
Zur Ausführung gelangt: 1) Sextor. Schwanz in 1 Act. 2) Das Fest der Handwerker. Rolle mit Gesang und Tanz in 1 Act.  
Anfang 7 Uhr. Programme als Gratisblätter gültig. à 30 Pf.  
find im Kassenlokal, Kunitzschmidtstraße 21, „Rother Löwe“, und bei dem Bevollmächtigten, H. Schelke, Gumpertstr. 24, zu haben.  
Das Fest-Comité.

### Stablissement „Deutscher Kronprinz“,

Kurzegaße 50.52.  
Sonnabend, den 9. März 1895:  
Familien-Kränzchen  
veranstaltet vom  
Deutschen Metallarbeiterverband, Sektion der  
Zeugschmiede und Wagnenbauer.  
Anfang 7 Uhr.  
Entrée: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 25 Pf.  
Es laden freundlich ein  
Der Vorstand.  
Karten sind zu haben:  
Kanzel, früher Galla, Kunitzschmidtstraße 4, Rodler, Kunitzschmidtstraße 60b, Hanka, Kunitzschmidtstr. 29 und in der Expedition der Volksstimme.

### Einladung

zu dem am Sonnabend, den 9. März 1895 stattfindenden  
Kränzchen  
veranstaltet vom  
Gesangs-Verein „Breslauer Hutwäher“  
(Mitgliedschaft des Arbeiter-Sänger-Bundes für Breslau),  
im Stablissement „Ruffischer Kaiser“, Neue Jungferngasse  
Anfang 8 Uhr.  
Entrée: Herr mit Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.  
Der Vorstand.  
Eintrittskarten sind zu haben im Stablissement „Rother Löwe“ bei dem Mitgliede und in der Expedition der Volksstimme. 3575

### Elektrische Straßenbahn Breslau.

Betriebsmaßnahmen im Monat Februar  
Betriebsmaßnahmen vom 1. Januar bis 28. Februar 1895  
Zahl 59153, 20  
35877, 60

### Ortskrankenkasse für Stuckateure.

General-Versammlung 3581  
Sonntag, den 10. März 1895, Nachmittags 4 Uhr  
im Kassenlokal Albrechtsstraße 23 „im Storch“.  
Tages-Ordnung: 1. Wahl des Vorstandes von Seiten der Arbeitgeber. 2. Vorlegung des Jahresberichts und Ertheilung der Decharge. 3. Wahl des Vorstandes von Seiten der Arbeitnehmer. 4. Verschiedenes.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

### Kulmbacher Bierhaus

Mikolajstraße 14, „Rother Löwe“.  
Die Concerte finden nicht mehr statt. Kulmbacher Exportbier, à Schoppen 20 Pf., Lagerbier von Gopf & Görde, à Schoppen 15 Pf.  
Speisekarte zu kleinen Preisen. 3577

### Vereins-Kalender.

Breslau.  
Central-Kranken- und Erberkassie der deutschen Wagenbauer (E. S. Nr. 8, St. Gotha.)  
Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats: Kassenabend in Horn's Brauerei, Siebenbäumenstraße 5a. — Aufnahme neuer Mitglieder.  
Verband deutscher Formver. Zahlstelle Breslau. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachm 4 Uhr: Kassen-Abend in Herrn Jänisch Gasthof „zum roten Löwen“, Kupfer- und Miedelstraße 21.  
Central-Krankenkasse der Böttcher. Nachmittags 4 Uhr: Beitrags-Entrichtung im Edlich's Local, Neumarkt Nr. 8.  
„Union“. Allgemeine Kassen- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Zuschuss-fähige). Kassenlokal: Herrenstraße 19, Heiders Brauerei. Kassentage u. Aufnahme neuer Mitglieder Sonnabend von 8 bis 10 Uhr.  
Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Die Festschale Althöfenstraße 11. I ist Sonntag von früh 9 Uhr bis Abends 9 Uhr zur freien Benutzung für Jedermann geöffnet.  
Bereinigung der Schmiede Deutschlands. Montag nach dem 1. u. 15. eines Monats im Schmidt's Restaurant, Grenzhausgasse Nr. 4. Kassenabend.  
Montag, den 4. März:  
Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend. Abds. v. 8—10 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zu den drei Tauben“, Neumarkt 8. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen. Abends 8 Uhr: Kassenabend. Jeden Montag nach dem 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung im Restaur. „zum Merkur“, Schühbrücke 42. Gde. Universitätsplatz.  
Bereinigung der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Versammlung in Zabel's Restaur. Klein. Groschengasse 15. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

### Wilhelm Langner,

Cigarren-Fabrik  
Bismarck-Str. 38,  
entw. im Lager selbstgefertigter  
Cigarren  
einer geneigten Beachtung. 3418

### Stener-, Rechts- und Concessionsachen,

Erkam., Berträge, Güter, Eingab.-jur. Rath, Dressler Kunitzschmidtstr. 18. 13538

### Dau-rhafte Stiefeln u. Gamaschen

kauft man am reellsten  
und billigsten nur bei  
Adolf Gottwald  
Schiffelieferant 3561  
Neumarkt 44.

### Stets die reichste Auswahl in Meerschaum, Perücken- und Weichsel- etc. Cigarrenspitzen, Tabakspfeifen, wie deren einzelne Theile u. Spazierstöcke, empfiehlt alldirigirt, 3495

### R. Migula,

Entrée- und Cigarren-Zapfen-Gelände  
Kunitzschmidtstr. 12. Gde. Schühbrücke 11